

Wolfgang Schäuble:

CDU und CSU sind in allen Fragen einig

Das Jahr, in dem CDU und CSU gemeinsam Verantwortung für die Opposition in der Bundespolitik tragen, war ein erfolgreiches Jahr für die Union. Schlüssel zum Erfolg in diesen 12 Monaten: CDU und CSU sowie die beiden Vorsitzenden haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Wir haben die feste Absicht, die gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Wir haben uns gestern abend damit beschäftigt, was im Bundestag und im Bundesrat ansteht, und sind uns einig: Wir sind, was die Bundespolitik betrifft, durch die Wählerentscheidung vom vergangenen Jahr für diese Legislaturperiode Opposition.

Ergebnisse des Strategie- gesprächs zwischen CDU und CSU am 4. Oktober

Die Opposition hat eine ganz eigene wichtige Verantwortung, und wir haben nicht die Absicht, diese Verantwortung mit der Regierungsverantwortung zu vermischen. Wir werden unserem Auftrag entsprechend kritische Richter sein und die Regierung unter den

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

- **Beschäftigung**
Generalsekretärin Angela Merkel: 12 Monate Schröder-Regierung – 12 Monate Stillstand auf dem Arbeitsmarkt. Seite 8
- **Aus erster Hand**
Die CDU steht mit ihrem Mitglieder-Netz mitten im Leben. Seite 9
- **CDU/CSU**
Hans-Peter Replik: Wir setzen auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Seite 10
- **Alterssicherung**
Demographischen Faktor wieder in Kraft setzen. Seite 14
- **Landesparteitag**
Die Zukunft kommt aus Baden-Württemberg. Seite 32
- **UiD Extra**
Soziale Marktwirtschaft – Konzept für die Zukunft. Wolfgang Schäuble hält Festvortrag zur Verleihung der Ludwig-Erhard-Medaille an Gerhard Stoltenberg. Innenteil

Kurz & gut

Auch in Hamburg größte Chancen

43 Prozent der Stimmen würde die CDU erhalten, wenn jetzt Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft wären. Die SPD käme mit 37 Prozent auf den zweiten Platz. Das ergab eine repräsentative Dimap-Umfrage im Auftrag von „Bild“.

Jürgen Rüttgers spricht mit DGB

Die Türen der Parlamente und Verwaltungen Nordrhein-Westfalens werden auch künftig für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer offen stehen. Das hat der CDU-Landesvorsitzende dem DGB-Landesvorsitzenden Walter Haas in einem Gespräch in Düsseldorf zugesagt.

CDU bereitet Bildungsparteitag vor

Schulforschung, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung sind die Themen, mit denen sich eine Fachkommission der CDU befaßt. Sie bereitet mit vier Expertenanhörungen den bildungspolitischen Parteitag vor, der im April 2000 stattfinden wird.

Als neuen Träger

der katholischen Schwangerenkonfliktberatung wollen die Sozialminister der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Sachsen und Thüringen „Donum Vitae“ anerkennen. Nach einem Treffen mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sie dem neu gegründeten Verein finanzielle Unterstützung zugesagt.

Die neue CDU im Westen ist die Nummer 1 in NRW

Auch die Stichwahlen am 26. September bestätigen: Die CDU ist weiter auf Erfolgskurs. CDU-Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers: Wir

haben unsere Position als Nummer 1 in NRW weiter ausgebaut. Eine Trendwende hin zur SPD hat es nicht gegeben. Nach den Kommu-

nalwahlen in Nordrhein-Westfalen ist nichts mehr so, wie es vorher war. Wir wissen, daß wir die Landtagswahl im nächsten Jahr

nach nicht gewonnen haben. Wir wissen aber, dass wir sie gewinnen können. Wir stellen uns der Verantwortung, die wir jetzt tragen,

und werden konsequent auf Zukunftskurs bleiben. Mehr Demokratie vor Ort, mehr Bürgernähe, mehr Bürgerbeteiligung – das ist unsere Linie.



**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
31**

Wer nach dem Desaster der SPD auch am 26. September von einem Remis spricht, kann nicht rechnen und verdrängt die Realität.

CDU-Generalsekretärin
Angela Merkel

Ein Jahr rot-grüne Umweltpolitik: Eine miserable Bilanz

Das einzig Zählbare nach einem Jahr rot-grüner Verantwortung für die Umweltpolitik ist die drohende Verteuerung von Kraftstoffen und Energie bis 2003. Die Leidtragenden: die sozial Schwächeren und die Arbeitsplätze.

Zusammengefaßt lautet die Bilanz des umweltpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold: Stillstand, Rückschritt und Benzinpreistreiberei in schwindelnde Höhen.

Alle anderen wichtigen Vorhaben aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag liegen dagegen brach. Versäumnisse im Naturschutz, im Klimaschutz und in der Energiepolitik – die Folgen werden wir alle zu tragen haben. Lippold: Wie groß war – vor nicht mehr als einem Jahr – die Empörung über das von den Grünen propagierte Ziel eines Benzinpreises von fünf Mark pro Liter – auch bei der SPD und ihrem damals Noch-Kanzlerkandidaten Schröder?

Heute arbeitet die Schröder-Regierung selbst zielstrebig daran: Schon im Jahr 2003 ist mit einem Preis für Normalbenzin von deutlich über zwei Mark pro Liter zu rechnen.

Drei-Mark-Barriere bald überschritten

Kommt schließlich der Vorschlag des Umweltbundesamts zum Tragen, Benzin und Diesel um eine Mark zusätzlich zu verteuern, dann wäre die Drei-Mark-Barriere überschritten. Auf dem Marsch in Richtung fünf Mark ist die rot-grüne Bundesregierung weit vorangekommen.

Daß die Ökosteuer dem Umweltschutz dient, ist eine Lüge: Die Preiserhöhung hat keinerlei Lenkungs kraft. Die neue Steuer soll der Beitragssenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung dienen und mit 8,2 Milliarden Mark Haushaltslöcher stopfen.

93%: Rot-Grün schadet

der deutschen Wirtschaft. Zu diesem Ergebnis kommt die Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU). 93 Prozent der Befragten sind dieser Meinung. 45 Prozent

vertreten sogar die Ansicht, Rot-Grün habe der Wirtschaft schweren Schaden zugefügt. Entsprechend ist auch die Glaubwürdigkeit des Kanzlers im Unternehmerlager gesunken.

Versagen kaschiert

Wie immer Walter Riesters das Modell eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben konkret gestalten wird – eins ist nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der

CDU/CSU, Hermann Kurs, jetzt schon klar: Die Bundesregierung versucht, ihr Versagen auf dem Arbeitsmarkt durch untaugliche Frühverrentungsprogramme zu vertuschen.

Fortsetzung von Seite 1

Druck von Kritik und Alternativen stellen. Wenn das Land schon eine schlechte Regierung hat, dann braucht es wenigstens eine gute Opposition und eine bessere Alternative.

Im Bundesrat hat Rot-Grün durch die Wahlentscheidungen dieses Jahres keine eigene Mehrheit mehr und wird sie in dieser Legislaturperiode auch nicht mehr bekommen können. Die Union hat zwar auch keine eigene Mehrheit; aber bei Gesetzen, die die Zustimmung des Bundesrates brauchen, gibt es die Verantwortung der Mitwirkung. Und da wir immer gesagt haben, daß es mit uns keine Fortsetzung der Methode Lafontaines gibt, also keinen Missbrauch des Bundesrats als Blockadeinstrument, werden wir uns dieser Verantwortung auch stellen.

Gemeinsame Lösungen, wenn die Richtung stimmt

Wir sind bereit, dort, wo die Zustimmung des Bundesrats notwendig ist, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Aber Kompromisse nur dann, wenn die Politik der Bundesregierung in eine nach unserer Überzeugung grundsätzlich richtige Richtung geht. Andernfalls wird es keine Kompromisse geben.

Was die Verzahnung unserer Arbeit im Bundestag und im Bundesrat betrifft, haben wir einen engen Kontakt zwischen den Arbeitsgruppen der Fraktion und den Länderministerien verabredet. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Hans-Peter Repnik, wird zusammen mit den Chefs der Staatskanzleien die Aufgabe der Koordinierung und einer regelmäßigen Abstimmung übernehmen.

Wir haben uns mit dem Haushalt 2000 und dem damit verbundenen Gesetzespaket der Bundesregierung beschäftigt. Wir

sind uns einig: Es reicht nicht aus, eine Finanzpolitik zu machen, die nur noch vom Sparen redet und auf Einsparungen ausgerichtet ist. Wer nicht gleichzeitig die Wachstumskräfte stärkt, der wird nur den Mangel verwalten und eine sich immer weiter abwärts drehende Spirale in Bewegung setzen. Das wäre die falsche Politik.

Wir brauchen aber eine Politik, die Dynamik in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt auslöst und gleichzeitig sparsam wirtschaftet – auf allen Ebenen, in den Gebietskörperschaften und in der Sozialversicherung. Das ist die eigentliche Alternative.

Ich habe die Arbeitsmarktzahlen vom vergangenen Monat gehört. Danach ist auch im September die Zahl der Arbeitslosen wieder angestiegen. Das zeigt noch einmal deutlich: Wer nur spart und den Mangel verwaltet, der wird dieses Land nicht voranbringen.

Deswegen sind wir uns völlig einig: Wir brauchen eine Steuerreform, eine deutliche und kräftige Senkung aller Steuersätze vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz, bei der Einkommensteuer wie bei der Körperschaftsteuer – rechtsformneutral, nicht als Begünstigung der Großunternehmen zu Lasten des Mittelstands, der kleinen und mittleren Unternehmen, wie das die Konzepte aus dem Hause Eichel vorsehen.

Nettoentlastung von deutlich über 30 Milliarden DM

Wir haben verabredet, über Zahlen im einzelnen noch mal mit den Finanzministern der unionsregierten Länder zu reden und uns in der Bundestagsfraktion abzustimmen. Die grundsätzliche Richtung ist aber völlig unbestritten: Wir brauchen eine Nettoentlastung in der Größenordnung von deutlich über 30 Milliarden. So stand es bereits in unserem Petersberger Konzept. Jetzt ist eine deutliche Entlastung

noch dringender geworden. Sie ist auch möglich, wenn man in einer zeitlichen Schrittfolge 2001 und 2003 vorgeht. Ohne die Blockade von Schröder, Lafontaine und Eichel wäre das Petersberger Konzept bereits seit 1998 in Kraft. Die zweite Stufe würde am 1. Januar 2000 in Kraft treten. Wir haben durch SPD-Blockadepolitik also wertvolle Jahre verloren.

Es muß frühzeitig Klarheit geschaffen werden

Nicht nur internationale Erfahrungen, sondern auch die Erfahrungen der 80er und 90er Jahre zeigen: Jede strukturelle Verbesserung unseres Steuersystems mit deutlichen Steuersenkungen hat einen erheblichen Selbstfinanzierungseffekt. Er tritt ein, wenn frühzeitig Klarheit darüber geschaffen wird, in welche Richtung die Steuerreform geht.

Wir halten es jedenfalls für möglich, dass es auf der Zeitschiene 2001 und 2003 zu einer Nettoentlastung in der genannten Größenordnung kommt, ohne die Haushalte von Bund und Ländern wesentlich zu belasten.

Entsprechend den Vorstellungen, die wir schon auf dem Petersberg hatten, wollen wir den Eingangssteuersatz auf 15 Prozent absenken und die Spitzensteuersätze auf unter 40 Prozent. Wir streben einheitliche Spitzensteuersätze bei allen Einkunftsarten an.

Noch einmal: Die grundsätzliche Richtung ist völlig unstrittig, und wir bieten der Bundesregierung an, gemeinsam ein solches Konzept möglichst rasch auf den Gesetzgebungsweg zu bringen und zu verabschieden, die erste Stufe einer Steuerreform in Kraft zu setzen und uns auch darüber zu verständigen, wie die Haushalte von Bund und Länder das verkraften können.

Völlig falsch ist nach unserer Meinung die Richtung, in der die Bundesregierung die Gesundheitsreform angelegt hat. Denn jeder Versuch, eine Reform unserer gesetzlichen Krankenkasse über Budgetierung – mit noch mehr Bürokratie – vorzunehmen, also auch hier nur den Mangel zu verwalten, wird am Ende nur in die Rationierung von Gesundheitsleistungen münden und zu einer Zweiklassen-Medizin führen.

Wir haben ja selber unsere Erfahrungen gemacht, und Horst Seehofer versteht deshalb nicht, warum Fehler, die schon einmal gemacht worden sind, mit einer Hartnäckigkeit, die sich nur ideologisch begründen lässt, noch einmal gemacht werden müssen.

Wir wollen eine Gesundheitsreform, aber für die Vorstellungen der Bundesregierung wird es keine Zustimmung geben – im Bundestag nicht und auch nicht im Bundesrat.

Unser Gesundheitssystem muß finanzierbar sein

Man wird in der Gesundheitsreform mehr über den Bedarf an gesundheitlicher Versorgung reden müssen. Der verändert sich durch die Altersentwicklung, durch Fortschritte der Medizin, durch verstärkte Ansätze ganzheitlicher Medizin, durch größere Vorsorgeanstrengungen. Daraus ergibt sich dann die Frage: Was brauchen die Menschen in Zukunft an Leistungen im Gesundheitssystem? Aus der Antwort darauf ergibt sich die nächste Frage: Wie können diese Anforderungen finanziert werden? Man wird mehr Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern brauchen, mehr Transparenz für Patienten und Versicherte und eine stärkere Wahlmöglichkeit bei der Inanspruchnahme von Leistungen. Wenn wir auf diese Weise den Gedanken der Eigenverantwortung stärken, dann wird ein modernes Gesundheitssystem gesamtwirtschaftlich auch finanzierbar und verkraftbar.

Zur Rente: Es ist völlig klar, dass es keine Stimme der Union für die Manipulation der Rentenanpassung in den Jahren 2000/2001 geben wird. Das haben wir immer gesagt. Daran beteiligen wir uns nicht. Das stößt auf unsere Ablehnung.

Wenn die Regierung dazu bereit ist, werden wir allerdings ebenfalls dazu bereit sein, darüber zu reden, wie unser Rentensystem mittel- und langfristig sicher gemacht werden kann – für ältere und vor allem Dingen für jüngere Menschen. Unsere Vorstellungen sind klar. Wir wollen am Generationenvertrag mit einer Verlangsamung des weiteren Anstiegs und mit der Stärkung von Eigenverantwortung im Sinne von freiwilliger Vorsorge festhalten.

Wir sind gegen eine weitere Absenkung der Altersgrenze. Bei größerer Lebenserwartung wäre das einigermassen absurd. Wir sind für eine Stärkung von Familienkomponenten in der Rentenversicherung. Denn Generationenvertrag heißt, dass er ohne die künftige Generation, also ohne die Kinder von heute überhaupt nicht funktionieren kann. Wenn die Entlastung für die Familien in die Zeit fällt, in der man Kinder erzieht, also wenn die Erziehungsleistung erbracht wird, dann ist das der bessere Weg.

Nur bei fairer Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern

Daran werden wir weiterarbeiten und unsere Vorstellung auch von einer Reform der Hinterbliebenenversorgung präzisieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, darüber mit uns zu sprechen und den Versuch zu machen, die Probleme gemeinsam zu lösen. Das kann man nicht im Vermittlungsausschuss machen. Da müssen die großen demokratischen Kräfte an einen Tisch.

Wir haben schließlich über die Familienförderung gesprochen. Wir werden dem Gesetzentwurf der Bundesregierung unter der Voraussetzung zustimmen, dass ein fairer Schlüssel der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern gefunden und vereinbart wird. Bisher sind alle 16 Ländern gegen die Vorstellung der Bundesregierung. Für richtig halten wir es allerdings, die zweite Stufe der Neuordnung des Familienleistungsausgleichs, die das Verfassungsgericht ja für das Jahr 2002 vorgeschrieben hat, gleich jetzt mit zu regeln.

Letzte Bemerkung: Wir haben darüber gesprochen, dass wir unser föderales System, das mit kommunaler Selbstverwaltung anfängt und sich durch Subsidiarität und Dezentralisierung auszeichnet, im Sinne eines handlungs- und anpassungsfähigen Rechtsstaates reformieren müssen.

Mehr Entscheidungsnähe durch Subsidiarität und Dezentralisierung

Das ist auch eine Aufgabe der europäischen Debatte. Wir haben sie deshalb in den Mittelpunkt unserer programmatischen Aussagen zum Europawahlkampf gestellt.

Durch Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und durch Dezentralisierung werden wir mehr Entscheidungsnähe für die Menschen erreichen und auch eine stärkere Bindung der Menschen an unseren freiheitlichen und demokratischen Verfassungsstaat – ein großes Zukunftsprojekt, an dem wir gemeinsam arbeiten wollen.

In allen Fragen stimmen CDU und CSU grundsätzlich überein. Deswegen die frohe Botschaft: Das Land hat zwar zur Zeit eine schlechte Regierung, aber eine gute Opposition, die jederzeit in der Lage ist, Verantwortung für das Ganze in unserem Land zu übernehmen. ■

Edmund Stoiber:

CDU und CSU sind gut gerüstet

Eine der Schlüsselfragen mit absoluter Priorität ist die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wie kann man das erreichen?

Unser Petersberger Konzept für eine Steuerreform mit einer Entlastung von 30 Mrd DM ist in der letzten Legislaturperiode bei der SPD auf erbitterten Widerstand gestoßen. Die SPD war nicht bereit, auch nur darüber zu reden. Herr Eichel als Ministerpräsident war nur bereit, über eine Umschichtung zu reden, nicht aber über eine substantielle Entlastung. In genau derselben Situation befindet sich Rot-Grün als Regierung auch gegenwärtig.

Die von der Regierung Schröder beschlossene Entlastung der Familien, die Erhöhung des Kindergeldes ist durch eine steuerliche Mehrbelastung der Wirtschaft finanziert worden. Unter dem Strich haben wir es also mit einer Mehrbelastung der Wirtschaft und damit mit einer Behinderung von Investitionen zu tun. Das ist genau der falsche Weg, um Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern und zu schaffen.

Gleichzeitig wird eine Rente ab 60 diskurtiert. Ich halte das, ich sage das einmal sehr hart, für eine Frechheit gegenüber der jüngeren Generation, weil damit heute soziale Wohltaten von Leuten finanziert werden, die nicht wissen, ob sie später überhaupt in den Genuss vergleichbarer Wohltaten kommen werden. Das heißt: Man schürt hier einen Generationenkonflikt, aber Arbeitsplätze schafft man nicht durch solche Umverteilungsmaßnahmen.

Unser Ansatz ist dagegen, unser antiquiertes, wettbewerbsunfähiges Steuersystem wieder wettbewerbsfähig zu machen. Das heißt: Wir müssen entlasten, und das bedeutet: Fortführung unserer Petersberger

Steuerbeschlüsse mit den Anpassungen, die seitdem notwendig geworden sind.

Dabei haben wir heute eine schlechtere Wirtschaftslage als 1996. Wir haben ein wirtschaftliches Wachstum von 0,8 Prozent im ersten Halbjahr und liegen damit am Ende der Skala in der Europäischen Union. Deutschland braucht weit über 2 Prozent Wirtschaftswachstum, damit es überhaupt Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt entfaltet. In Amerika macht sich bereits ein Wachstum von 0,6 Prozent auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar.

Um in Deutschland Wachstumsraten zu erreichen, die wir brauchen, um das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind massive Steuerentlastungen

Aus der Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden nach dem Strategiegespräch zwischen CDU und CSU am 4. Oktober in Berlin

nötig. Nur damit können wir vorankommen. Deswegen ist das, was Finanzminister Eichel auf unsere Steuervorschläge antwortet, auch so armselig.

Von entscheidender Bedeutung ist für uns die Frage der Reform der sozialen Sicherungssysteme. Wir werden der von der Bundesregierung geplanten Abkoppelung der Renten von der Nettolohnentwicklung nicht zustimmen. Und wenn die Bundesregierung sagt, dass sie von den einzusparenden 30 Milliarden DM 25 Milliarden alleine durchsetzen könne, also ohne Zustimmung des Bundesrates, dann kann ich

nur sagen: Sie soll es tun, aber auch die Verantwortung dafür tragen.

Wenn sie allerdings mit uns reden will, dann müssen wir zuerst einmal überlegen, ob es überhaupt Ansätze dafür gibt. Für die Abkoppelung der Renten von der Netto- lohnentwicklung sind wir jedenfalls nicht zu haben.

Was Opposition heißt

Wir werden häufig gerade auch im Zusammenhang mit den Plänen der Regierung, die sie pausenlos ändert und doch nichts auf die Beine bringt, nach unserer Konzeption, nach unseren Gegenvorschlägen gefragt. Dahinter steht das Missverständnis darüber, was Opposition heißt. Eine Opposition trägt keine Regierungsverantwortung, sondern hat die Aufgabe, Regierungspolitik auf Schlüssigkeit und Stimmigkeit hin intensiv zu befragen.

Ich will zwei entscheidende Punkte aus dem Sparprogramm der Bundesregierung herausgreifen: Wenn der Investitionshaushalt bis zum Jahre 2003 um knapp über 10 Prozent zurückgeführt wird, wenn an den Investitionen Milliardenbeträge gespart

werden sollen, z.B. an den Verkehrsinvestitionen für Straße und Schiene, dann wird das verheerende Folgen haben.

Wir befinden uns im Europäischen Binnenmarkt. Der Europäische Binnenmarkt bedeutet mehr Verkehr, mehr Kommunikation. Dies ist auch zu sehen angesichts der Diskussion um die EU-Osterweiterung. Wir haben eine Zunahme an Verkehr, die erheblich ist, und zwar von Jahr zu Jahr um 20 bis 25 Prozent. Ich sehe dann für den Hauptverkehrsmarkt in Europa, in Deutschland eine außerordentlich dramatische Entwicklung. Sie bringt uns Standardnachteile.

Unvernünftiges Sparen

Oder was macht es z.B. für einen Sinn auch zu sagen: Wir sparen jetzt am pauschalen Wohngeld für Sozialhilfeempfänger. Wenn 2,3 Milliarden Mark wirklich gespart werden sollen, dann muss man die Ansprüche kürzen. Aber das Geld einfach nur aus dem Bundeshaushalt herausstreichen und die Ausgaben den Ländern und Kommunen aufbürden, wie es Schröder will, ist kein vernünftiges Sparen.

Nachzählung bestätigt Baganz-Sieg in Mülheim

Der erste hauptamtliche Oberbürgermeister der Stadt Mülheim heißt Jens Baganz. Die Nachzählung der Stichwahl-Zettel ergab, dass der CDU-Politiker 58 Stimmen vor Thomas Schröer (SPD) liegt.

Damit hat der Wahlausschuss das Wahlergebnis korrigiert, das am 27. September noch eine Differenz von 64 Stimmen aufwies. Die Abweichung vom vorläufigen Endergebnis, das nach Zählpannen korrigiert worden war, betrage nur 0,0095 Prozent, stellte Stadtdirektor Frank Steinfort fest.

Die Korrektur, die Sieg und Niederlage auf den Kopf stellte, hatte zu erheblichen Irritationen geführt. Die Parteien beantragten daraufhin eine Neuauszählung, mit der die Stadt Mülheim juristisches Neuland betrat.

Die endgültigen Zahlen:

Jens Baganz (CDU):

50,05 %

31.625 Stimmen

Thomas Schröer (SPD):

49,95 %

31.567 Stimmen

Generalsekretärin Angela Merkel:

12 Monate Schröder-Regierung, 12 Monate Stillstand auf dem Arbeitsmarkt

Die heute veröffentlichte Zahl der arbeitslosen Menschen zeigt: Wer hohe Erwartungen weckt, muss damit rechnen, tief zu fallen. Bundeskanzler Schröder hat versprochen, schnelle Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Er selbst hat die Messlatte hoch gehängt und verkündet, „sich jederzeit am Abbau der Arbeitslosigkeit messen zu lassen“. Statt dessen gibt es keine positive Dynamik mehr am Arbeitsmarkt.

Unter Verantwortung der CDU verringerte sich die Arbeitslosigkeit von September 1997 zu September 1998 um über 340.000 auf wieder unter vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Unter Verantwortung der SPD ist die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich von September 1998 zu September 1999 gerade einmal um 22.100 Arbeitslosen gesunken. Von der frühern Dynamik beim Abbau der Arbeitslosigkeit ist nichts geblieben. In den ersten neun Monaten dieses Jahres haben 345.000 Menschen weniger eine Arbeit gefunden als noch im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das bedeutet einen gravierenden Rückschritt beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Schröder-Regierung hat ein ganzes Jahr verstreichen lassen, ohne irgendwelche positiven Akzente für eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu setzen. Stattdessen hat sie sich vor allem mit Nachbessern eigener Gesetze und innerparteilichem Zwist beschäftigt. Allein das 630-Mark-Gesetz hat bislang zu einem Abbau von 700.000 Jobs geführt. Die Menschen sind von Bundeskanzler Schröder bitter ent-

täuscht. Mit Sparen allein, wie jetzt von Schröder und Eichel verkündet, kann die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden. Wir brauchen neben einer Konsolidierung der Staatsfinanzen deutliche Impulse für ein Wirtschaftswachstum und mehr Investitionen. Dies werden wir nur mit einer durchgreifenden Steuerreform erreichen, die Bürger und Unternehmen deutlich und nachhaltig entlastet. Nur so werden wir das Übel der Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen können. Aber auch hier kündigt sich der nächste Flop der Schröder-Regierung an: Die Steuerreform soll erst im Jahr 2001 kommen und wird kaum eine Entlastung für die Bürger und Unternehmen bringen.

Ich fordere die Schröder-Regierung auf, sich nicht noch ein weiteres Jahr nur mit sich selbst zu beschäftigen, sondern endlich eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung einzuleiten

Chaos schleunigst beenden

Zu den aktuellen Arbeitsmarktdaten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages, Matthias Wissmann:

Die Regierung Schröder/Fischer hat es im ersten Jahr ihrer Verantwortung nicht geschafft, ihre vollmundigen Versprechungen über die Wende am Arbeitsmarkt umzusetzen. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind keine nachhaltigen Er-

Die CDU steht mit ihrem Mitglieder-Netz mitten im Leben

Zur Einführung des Mitglieder-Netzes „CDUNet“ erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die CDU hat am 1. Oktober das interne Mitglieder-Netz „CDUNet“ gestartet. Damit ist sie die erste Partei in Deutschland mit einem speziellen Online-Angebot für ihre Mitglieder. Mit dem CDUNet wollen wir unsere Basis stärker in die Parteiarbeit einbinden, sie besser und aktueller über unsere Politik informieren und ihre kreativen Kräfte mobilisieren.

Über die schnellen, modernen Kommunikationswege kann die CDU jedes einzelne Mitglied erreichen und zum Mitmachen anregen. Hierzu gehört, dass die Mitglieder nicht nur über Parteiaktionen informiert werden. Vielmehr steht ihnen mit dem CDUNet ein virtueller Raum zur Verfügung, in dem sie untereinander in einem Forum diskutieren oder gemeinsam Aktionen vor Ort pla-

nen und durchführen können. Zu diesem Zweck enthält das CDUNet eine Ideenbörse: Dort finden die Mitglieder nicht nur Aktionsvorschläge, sondern sie sind aufgefordert, bewährte Projektideen allen anderen vorzustellen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen des CDU-Netzes ist es, den Mitgliedern exklusiv und schnell Informationen zukommen zu lassen: So erfahren sie beispielsweise aus erster Hand den Stand der aktuellen Programmdebatte. Dabei soll auch diese Form der Informationsvermittlung keine Einbahnstraße sein. Es geht darum, dass die Mitglieder miteinander und mit allen Ebenen der Partei über das zukünftige Programm diskutieren und ihre Vorschläge formulieren.

Von der CDU-Homepage (www.cdu.de) aus gelangt man mit der Kennung – Nachname und Mitgliedsnummer – schnell und einfach ins Mitglieder-Netz.

folge zu verzeichnen. Im Gegenteil, saisonbereinigt steigt die Arbeitslosigkeit. Die angekündigte Entspannung ist nicht eingetreten. Diesen Misserfolg in ihrer Arbeitsmarktpolitik hat sich die Regierung Schröder/Fischer selbst zuzuschreiben.

Die Bilanz wird immer verheerender

Zu den Arbeitsmarktzahlen der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Michael Luther:

An den Arbeitslosenzahlen wollte sich diese Bundesregierung messen lassen.

Monat für Monat steigen diese nun in Ostdeutschland. Monat für Monat wird die Bilanz verheerender. Die Zahl der Arbeitslosen ist binnen einen Jahres um 89.000 Menschen angewachsen. Das ist das Ergebnis der Politik dieser Bundesregierung: Ein Desaster auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland.

Helfen würde nur eine Politik, die Arbeitsplätze schafft, die insbesondere mittelständische Unternehmen fördert. Davon ist weit und breit nichts zu sehen, die Stimmung in der ostdeutschen Wirtschaft ist schlecht. Die Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem 1. Arbeitsmarkt ist dramatisch eingebrochen. ■

Wir setzen auf eine konstruktive Zusammenarbeit

Die kommenden Wochen bis Weihnachten werden politisch in erster Linie von den Diskussionen rund um das Sparpaket bestimmt. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen dabei voraussichtlich nicht die Beratungen in den Fachausschüssen des Bundestages, die sich bis zum 4. November mit dem Paket beschäftigen, sondern vielmehr die sich abzeichnenden Spekulationen und Debatten im Vermittlungsausschuss.

Die Union bleibt bei ihrer klaren Haltung: Wir nehmen unsere Oppositionsrolle konstruktiv wahr. Wir blockieren Gesetzesvorhaben nicht aus wahltaktischen Gründen wie Schröder/Lafontaine in der letzten Legislaturperiode. Das Wohl unseres Landes hat Vorrang. Das ist aber auch der Grund dafür, dass wir dem Gesamtpaket in dieser Form weder im Bundestag noch im Bundesrat zustimmen können. Es geht in die falsche Richtung. Wir werden unsere Kritik bereits in den Fachausschüssen des Deutschen Bundestages artikulieren und alternative Vorschläge einbringen. Verweigert die Regierung Schröder dort jedoch ihre Zusammenarbeit und verabschiedet diese Gesetze in der vorliegenden Form, wird sie die Mehrheit im Bundesrat nicht erhalten. Die Union kann keinem Gesetz zustimmen, das den Menschen in Deutschland letztlich mehr schadet denn nutzt, das den Arbeitsmarkt weiter schwächt und den Wirtschaftsstandort ruiniert. Bei den Gesetzgebungsvorhaben, bei denen die Bundesregierung auf die Zustimmung des Bundesrates angewiesen ist, wird sich die Union der Mitwirkung nicht verweigern. Im Vermittlungsausschuss setzen wir auf konstruktive Zusammenarbeit, um substantielle Verbesserungen zu erzielen.

Deutschland braucht Reformen in zentralen Bereichen, vor allem der Gesundheits- und Rentenpolitik, der Steuer- und Haushaltspolitik, aber auch der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Mit einer vernünftigen Reformpolitik hatten wir bereits in der letzten Legislaturperiode den Weg gewiesen. Ein Teil dieser Reformen hat die heutige Bundesregierung nach der Wahl zurückgenommen, mit dem Ergebnis, dass

Von Hans-Peter Replik, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Deutschland im internationalen Standortwettbewerb Boden verloren hat und wichtige wirtschaftliche Kennziffern nach unten zeigen.

Worum geht es im Einzelnen bei den anstehenden Beratungen? Hinter der kurzen Bezeichnung Sparpaket verbergen sich fünf Gesetzesvorhaben:

- ▶ das Haushaltsgesetz 2000,
- ▶ das Haushaltssanierungsgesetz,
- ▶ die Ökosteuerreform,
- ▶ das Steuerbereinigungsgesetz und
- ▶ das Familienförderungsgesetz.

Hinzu kommt das geplante Gesundheitsreformgesetz 2000.

Ohne die Zustimmung des Bundesrates und damit der Bundesländer können nur das Haushaltsgesetz und die Ökosteuerreform auf den Weg gebracht werden. Es handelt sich in diesen beiden Fällen um Einspruchsgesetze. Die anderen drei Gesetze des Sparpaketes wie das Gesund-

heitsreformgesetz sind jedoch im Bundesrat zustimmungspflichtig. Das bedeutet: Haushaltsgesetz und Ökosteuergesetz kann die Regierung Schröder auch gegen den Widerstand des Bundesrats mit ihrer Mehrheit im Bundestag verabschieden. Bei den anderen vier Gesetzen muss sie sich dagegen mit dem Bundesrat einigen.

Nach den erfolgreichen Landtagswahlen in diesem Jahr hat sich das Stimmenverhältnis im Bundesrat erheblich zugunsten der Union verschoben. An dem Verlust der Stimmenmehrheit der SPD im Bundesrat wird sich im übrigen innerhalb der laufenden Legislaturperiode nichts mehr zugunsten der SPD verändern. Zur Zeit verfügen die unionsgeführten Länder im Bundesrat über 28 Stimmen, die SPD-geführten Länder kommen auf 26 Stimmen, die sogenannten neutralen Bundesländer haben 15 Stimmen.

Mit den zusätzlichen Stimmen im Bundesrat haben die CDU und CSU auch wieder mehr gesamtstaatliche Verantwortung. Diese gilt es zu nutzen, um notwendige, substantielle Reformen für Deutschland voranzubringen. Dort, wo die Bundesregierung auf die Union nicht angewiesen ist, also bei den Einspruchsgesetzen, bei denen die Regierung Schröder ihre Gesetzentwürfe ohne Kompromisse durchsetzen kann, soll sie auch die alleinige Verantwortung übernehmen. Im Klartext: Wir werden weder dem Haushaltsgesetz noch dem Steuererhöhungsgesetz namens Ökosteuereform unsere Stimme geben.

Dort allerdings, wo Gesetzesvorhaben im Bundesrat zustimmungspflichtig sind, werden wir im Vermittlungsausschuss nach vernünftigen Lösungen und Kompromissen suchen. Gegebenenfalls muss die Bundesregierung ihre Gesetzentwürfe in zustimmungspflichtige und nicht zustimmungspflichtige Teile aufspalten, wenn sich eine Einigung sonst nicht erzielen lässt.

Unsere Position zum Haushalts-sanierungsgesetz

Dieses Gesetz ist ein Omnibus, der sich aus der Änderung einer Vielzahl von Einzelgesetzen zusammensetzt.

Ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltssanierungsgesetzes ist die sogenannte Rentenreform dieser Bundesregierung. Die Aussetzung der Nettolohnbezogenheit der Rentenanpassung für zwei Jahre für sich genommen ist nicht auf die Zustimmung des Bundesrates angewiesen. Die Bundesregierung kann – wenn sie will – diesen Teil aus dem Gesetzesomnibus herauslösen und ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft treten lassen.

Darüber hinaus soll im Rahmen des Haushaltssanierungsgesetzes eine ganze Reihe von Lastenverschiebungen auf Länder und Kommunen erfolgen, über die im Einzelnen zu reden sein wird. Dazu gehören unter anderem:

- die Neuregelungen zum pauschalierten Wohngeld, die Wohngeldnovelle;
- die Reduktion des Bundesanteils beim Unterhaltszuschuss,
- die Regelsatzanpassung bei der Sozialhilfe in Höhe der Inflationsrate,
- der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe oder
- die Erhöhung der Kostenbeteiligung für Zivildienstleistende.

Hierbei spart der Bund auf Kosten der Länder und Kommunen. Würden diese Vorhaben in ihrer heutigen Form umgesetzt, würden nicht nur die Haushalte der Bundesländer sondern auch der Kommunen massiv belastet. Geringere Leistungen, höhere Gebühren wären die Folge. Überall dort, wo zum Beispiel heute noch Zivildienstleistende ihre Pflicht tun, bei der Betreuung von kranken, alten und behinderten Menschen, wäre mit Einschränkungen zu rechnen.

Unsere Position zur Gesundheitsreform 2000

Das Gesundheitsreformgesetz 2000 bedeutet einen verhängnisvollen Richtungswechsel. Die zentralen Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung – die Folgen der demographischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts, die nicht ausreichenden Einnahmen, bedingt durch einseitige Abhängigkeit von den Erwerbseinkommen in Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit – werden nicht angegangen. Stattdessen sollen Globalbudgets und dadurch bedingte Rationierungen einerseits und eine monetaristische Krankenhausfinanzierung andererseits sowie weitere Bürokratisierungen die Lösung sein. Das ist mit der Union nicht zu machen. Hier gibt es für die Regierung Schröder nur zwei Möglichkeiten, wenn das Gesetz nicht scheitern soll. Entweder sie zeigt sich in allen Problempunkten kompromissbereit oder sie gestaltet das Gesetz zustimmungsfrei und übernimmt die alleinige Verantwortung.

Unsere Position zum Familienförderungsgesetz

Mit dem Familienförderungsgesetz sollen die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts nach Berücksichtigung eines höheren Existenzminimums eines Kindes bei der Einkommensbesteuerung umgesetzt werden. Diesem Vorschlag werden wir folgen können. Dennoch wird auch hier der Vermittlungsausschuss von den

Ländern angerufen werden, um eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern zu erreichen.

Die Bundesregierung hat für die anstehenden Beratungen im Vermittlungsausschuss eine extrem kurze Zeitspanne eingeplant. Erst nach dem zweiten Durchgang des Schröderschen Sparpaketes und des Gesundheitsreformgesetzes 2000 im Bundesrat und der fehlenden Zustimmung des Bundesrates kann der Vermittlungsausschuss angerufen werden. Der 2. Dezember ist dann der frühestmögliche Termin für eine erste Zusammenkunft dieses Gremiums.

Bis zur letzten Sitzung des Bundesrates in diesem Jahr, die erreicht werden müsste, damit die Gesetze zum 1.1.2000 in Kraft treten können, bleiben somit knapp zwei Wochen. Das Kanzleramt hat jedoch diesen Termin, 17. Dezember, in seinem Zeitplan vorgegeben. Dieses Augen-zu-und-durch-Verfahren entspricht exakt der Vorgehensweise der Regierung Schröder in den ersten 8 Monaten ihrer Regierungszeit. Das Ergebnis kann man sich schon heute ausrechnen: Hudel, Flickschusterei, keine vernünftigen Lösungen. Dies ist mit der Union nicht zu machen.

CDU und CSU werden ihre Mitarbeit an den anstehenden Gesetzespaketen, wie dargelegt, nicht verweigern. Wir werden uns aber nicht auf Schnellverfahren mit voraussehenden Stümpereien einlassen; denn wenn wir zu Gesetzen unsere Zustimmung geben, müssen sie Hand und Fuß haben.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Transrapid kann kommen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), und der Berichterstatter für den Transrapid, Georg Brunnhuber, erklärten angesichts der Spekulationen über das Transrapid-Projekt:

Der Transrapid ist vernünftig, er kann kommen, er muss kommen. Wir fordern von allen Beteiligten, dass sie ihre Verantwortung für das Projekt, seine Arbeitsplätze, seine Exportfähigkeit und für die Entwicklung des Technologiestandortes Deutschland wahrnehmen.

Der Bund ist in der Verantwortung für den Fahrweg, so wie es das Konzept vorsieht. Demgemäß hat die Regierungskoalition für den Fahrweg 6,1 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsentwurf 2000 sind ein Darlehen an die DB AG für den Fahrweg des Transrapid in Höhe von knapp 1 Mrd DM im Jahr 2000 und weitere Ermächtigungen in Höhe von 4,6 Mrd DM enthalten. Münteferings reduziertes Programm, zunächst einen einspurigen Fahrweg zu bauen, ist unter dem Aspekt der aktuellen Haushaltszwänge auch vertretbar. Es ist zudem nichts Ungewöhnliches. Ähnliches wird im Straßenbau auch vielfach praktiziert, wo aus Kostengründen zunächst nur halbseitig gebaut wird. Wächst das Verkehrsaufkommen, werden die beiden anderen Spuren angebaut. Warum soll das nicht auch beim Transrapid-Projekt gehen.

Die Wirtschaftlichkeit ist unseres Erachtens auch bei diesem Ansatz durch ein angepasstes Betriebs- und das Erlöskonzept herzustellen. Dazu bedarf es des guten Willens aller Beteiligten. Hier liegt die Verantwortung bei der DB AG und der Industrie. Beide müssen sich jetzt auf ein entsprechendes Konzept verständigen, das ein den Verkehrsprognosen entsprechendes

Nutzungsentgelt zugrunde legt. Sie müssen aufeinander zugehen und sich das Risiko in einer vernünftigen Weise teilen. Wir erwarten dabei auch von der DB AG, dass sie auf Ideen wie ICE-Parallelverkehre, die die Wirtschaftlichkeit des Transrapid-Projektes beeinträchtigen könnten, verzichtet.

Weltweit wirkenden Signal

Dieses Projekt hat über die Anwendungsstrecke Hamburg-Berlin hinaus Bedeutung als ein weltweit wirkendes Signal für die Durchsetzungsfähigkeit der deutschen Politik und für die Leistungsfähigkeit der Industrie in Deutschland. Dies gilt insbesondere auf der Schwelle zum Expo-Jahr 2000. Es ist für die Exportchancen deutscher Technologie schon von maßgeblicher Bedeutung, ob wir willens und in der Lage sind, eine bei uns entwickelte vorzügliche, weltweit einzigartige Technologie auch selbst anzuwenden. Die Verwendung dieser innovativen Technologie dient dem Ansehen und der Sicherung des Industriestandortes Deutschland und ist deshalb ein wichtiges Zukunftsthema für unser Land und unsere Arbeitsplätze.

Die Position der Grünen halte ich für ziemlich verlogen. Was die Umwelt angeht: der Transrapid ist der umweltfreundlichste, leiseste und energiesparendste Verkehrsträger. Er ist eine Zukunftstechnologie, die die ökologischen Ziele der Grünen am besten verwirklichen kann. Sie argumentieren deshalb auch nicht ökologisch, sondern nur noch haushaltspolitisch. Aber auch hier mit gespaltener Zunge: in der Öffentlichkeit präsentieren sie sich als Gegner und im Kabinett und im Bundestag beschließen sie die bereits genannten Haushaltsansätze, die unverändert aus der Finanzplanung der alten Bundesregierung übernommen worden sind. ■

Demographischen Faktor wieder in Kraft setzen

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram, die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, und Andreas Storm erklärten anlässlich der Beratung ihres Antrages zur Nachhaltigkeit in der Alterssicherung im Deutschen Bundestag:

Der Generationenvertrag, auf dem die solidarische Rentenversicherung aufbaut, ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. In Deutschland werden die künftigen Generationen erheblich stärker mit Abgaben belastet als die gegenwärtige, wenn die Bundesregierung keinen Wechsel in ihrer bisherigen Politik einleitet. Ziel einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Politik muss es sein, die Belastungen der nachfolgenden Generationen abzubauen und langfristig eine ausgeglichene Generationenbilanz zu erreichen.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, das Ziel der Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit in der Alterssicherung mit Nachdruck zu verfolgen.

Die frühere Bundesregierung hat eine Politik betrieben, die zu mehr Generationengerechtigkeit führt und die Lasten gerecht auf Jung und Alt verteilt. Mit dem Rentenreformgesetz 1999 hat die frühere Bundesregierung ein zukunftsgerichtetes Reformpaket vorgelegt, das einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt vorgesehen hätte. Der im Rentenreformgesetz 1999 enthaltene „demographische Faktor“ hätte nicht nur die Beitragszahler, sondern auch die Rentner an den Kosten der längeren

Lebenserwartung beteiligt. Es war ein großer Fehler der Bundesregierung, den „demographischen Faktor“ auszusetzen.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, den „demographischen Faktor“ zum 1. 1. 2000 wieder in Kraft zu setzen.

Zur Sicherstellung von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist es nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dringend notwendig, regelmäßig eine Generationenbilanz aufzustellen. Mit Hilfe einer Generationenbilanz können die Belastungen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen exakt abgeschätzt und miteinander verglichen werden. Die Generationenbilanz weist das Soll und Haben der einzelnen Generationen aus: Auf der einen Seite die Leistungen, die der Staat für die einzelnen Generationen erbringt (Ausbildung, Renten usw.), auf der anderen Seite die Abgaben, mit denen er die einzelnen Generationen belastet (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, usw.). An den Ergebnissen kann gemessen werden, ob die Bundesregierung einen Kurs steuert, der geeignet ist, die Belastungen der zukünftigen Generationen abzubauen.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, regelmäßig eine Generationenbilanz aufzustellen.

Dringend notwendig ist darüber hinaus die Einführung einer Generationenklausel. Die Generationenklausel soll – wie die Preiswirkungsklausel – in jedem Gesetzesentwurf enthalten sein und deutlich machen, inwieweit die in einem Gesetz enthaltenen Maßnahmen die nachfolgenden Generationen belasten. Der Politik wird so

ein Instrument an die Hand gegeben, um eine Politik zu steuern, die zu mehr Generationengerechtigkeit führt. So kann sichergestellt werden, dass der Generationenvertrag hält und langfristig sicher bleibt.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, eine Generationenklausel einzuführen.

Ein zukunftsfähiges Rentenreformkonzept muss auch die veränderte gesellschaftliche Rolle von Frauen berücksichtigen. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind dabei vor allem Lösungen gefragt, die es erlauben, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbessern und unstete Erwerbsverläufe gerade von Frauen besser abzusichern. Das von Bundesarbeitsminister Riester in Eckpunkten vorgestellte Modell für eine Reform der Alterssicherung kann diesen Anforderungen nicht gerecht werden. Es enthält lediglich einen undurchschaubaren Katalog von Optionen, wodurch das Recht erheblich verkompliziert wird und ein erheblicher Beratungsbedarf bei den Versicherten entsteht. Die von Riester vorgeschlagenen Modelle führen in der Regel zu einer Absenkung des Rentenniveaus gegenüber dem geltenden Recht – gerade bei kinderreichen Familien. Eine stärkere Anerkennung von Familienarbeit, die einhellig von allen politischen Parteien und vom Bundesverfassungsgericht eingefordert wurde, findet nicht statt.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, ein tragfähiges und ausgewogenes Konzept für eine Reform der Hinterbliebenensicherung und eine verbesserte Berücksichtigung von Kindererziehung vorzulegen.

Zur Stärkung des gesamten Systems der Alterssicherung ist nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein deutlicher und rascher Ausbau der kapitalfinanzierten Altersvorsorge im bestehenden

System der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung anzustreben. Die Bundesregierung hat bisher noch kein vernünftiges Konzept zum Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge vorgelegt. Die von Riester vorgeschlagenen Tariffonds sind beschäftigungspolitisch unwirksam, da die freiwerdenden Arbeitsplätze in der Regel nicht wiederbesetzt werden. Sie sind darüber hinaus ein Anschlag auf die Generationengerechtigkeit, da junge Arbeitnehmer in einen Fonds einzahlen müssen, von dem sie selbst nicht profitieren können. Die von Riester vorgeschlagene obligatorische private Altersvorsorge wäre lediglich eine verdeckte Beitragserhöhung. Lediglich der Vorschlag, eine Sparzulage zur privaten Altersvorsorge einzuführen, ist nicht rundweg abzulehnen. Nur muss die Bundesregierung sich fragen lassen, warum sie gleichzeitig den Sparerfreibetrag um die Hälfte kürzt und zukünftig Lebensversicherungen stärker besteuert.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ein tragfähiges und stimmiges Konzept zum Ausbau der kapitalgedeckten Alterssicherung vorzulegen.

Die Rentenpläne der Bundesregierung sind nicht geeignet, die Nachhaltigkeit in der Altersversorgung zu sichern. Das System der Rentenversicherung setzt Stetigkeit, Berechenbarkeit und Planungssicherheit voraus. Die beschlossene Rentenanpassung lediglich nach der Inflationsrate verunsichert dagegen Rentner und Beitragszahler gleichermaßen, weil eine Steigerung der Renten zukünftig nicht mehr berechenbar ist. Die Rentensteigerungen werden sich zukünftig nach der aktuellen Haushaltslage entwickeln. Damit wird das Vertrauen in das System der gesetzlichen Rentenversicherung stark beschädigt.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, ihre unsozialen Rentenpläne sofort zurückzunehmen. ■

Der BACDJ wird die rot-grünen Reformvorhaben kritisch prüfen

Anlässlich einer rechtspolitischen Fachtagung am 26./27. September im Bildungszentrum Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Minister a. D. Herbert Helmrich MdL:

Im Beisein des rechtspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, sowie des Staatsministers der Justiz des Freistaates Sachsen, Steffen Heitmann MdL, hat sich der BACDJ eingehend mit der von Bundesjustizministerin Prof. Dr. Däubler-Gmelien als umfassend angekündigten Justizreform befasst. Wir CDU-Juristen haben dabei mit Verwunderung festgestellt, dass die Jahrhundertreform nach einem Jahr ihrer Ankündigung lediglich aus der Vorlage des Berichts der Bund-Länder-Kommission zur Rechtsmittelreform in Zivilsachen besteht.

Der BACDJ hat deshalb die Einsetzung einer eigenen Arbeitsgruppe aus namhaften CDU-Juristen aus Politik, Wissenschaft, Justiz und Anwaltschaft beschlossen. Die Arbeitsgruppe, der neben Richtern der obersten Bundesgerichte unter anderem auch der Staatsminister der Justiz des Freistaates Sachsen, Steffen Heitmann MdL, sowie der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rupert Scholz, angehören, wird bereits in diesen Tagen ihre Arbeit aufnehmen.

Der BACDJ wird kritisch prüfen, ob die rot-grünen Reformvorhaben tatsächlich ein höheres Maß an Transparenz, Effizienz und Bürgernähe zur Folge haben. Eine mit dem Wegfall einer Gerichtsebene verbun-

dene Reform hat für jeden Rechtsuchenden einschneidende Auswirkungen. Auch deshalb ist eine solche Reform bereits unter dem ebenfalls sozialdemokratischen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel gescheitert.

Ich teile und unterstütze nachhaltig die Kritik des rechtspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, die er in unserem Kreis an der geplanten Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems sowie an der rot-grünen Drogenpolitik geübt hat:

Der elektronisch überwachte Hausarrest für sog. Kleinkriminelle ist offenbar ein Steckenpferd der Bundesjustizministerin. Sie will diesen im Bereich der Ersatzfreiheitsstrafe und der Haftverschonung

CDU-Juristen diskutieren Reformvorhaben: Dreistufigkeit, Rechtsmittel-system, Sanktionensystem, Kriminalprävention

anwenden. Bei Strafgefangenen, die eine Freiheitsstrafe von unter einem Jahr verbüßen, handelt es sich nicht um sog. Kleinkriminelle.

Gegenstand sind oft Wohnungseinbrüche, Betäubungsmitteldelikte sowie Gewaltdelikte. Statt den Strafvollzug nach Hause zu verlagern, müssen dort, wo Justizvollzugsanstalten fehlen, neue gebaut werden. Allenfalls könnte man ein Pilotprojekt auf Zeit befürworten, um zu prüfen, ob sich eine solche Neuerung bewähren kann. Der BACDJ wendet sich auch gegen die Einführung eines Strafgeldes als Zwischending zwischen Geldbuße und wirklicher

Strafe. Mit der Verhängung eines Strafgel-des für Ladendiebstahl und Schwarzfahren-geriete nicht nur der Polizist in die Stel-lung eines Richters. Es würde überdies ei-ne neue Kategorie von Delikten zweiter Klasse geschaffen, die zwingend zu einer weiteren Entkriminalisierung führte.

Wir sehen in der Einrichtung von sog. Drogenkonsumräumen (Fixerstuben) eine gewisse Tendenz zur Verharmlosung der Rauschgiftkriminalität. Wenn der Konsum von illegalem Rauschgift in Drogenkon-sumräumen erleichtert und sogar durch den Staat selbst ermöglicht und geschützt wird, dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich Zweifel breit machen, ob der Staat wirklich noch in Zukunft seinen Kampf gegen die Drogen führen will. Wie will denn der Staat ernsthaft gegen den Erwerb von Rauschgift vorgehen, wenn er Räume zur Verfügung stellt, in denen illegal er-worbenes Rauschgift verkonsumiert wer-den kann?

Es darf auch nicht übersehen werden, dass um sog. Fixerstuben eine offene Szene entsteht. Der Staat muss nach unserer Auf-fassung konsequent gegen Rauschgift vor-gehen. Eine Aufweichung in dieser Frage

wäre die Kapitulation vor der Rauschgift-kriminalität.

Der heutige Vortrag des ehemaligen Vor-sitzenden der Anti-Gewaltkommission der früheren Bundesregierung, Minister a.D. Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, hat die Be-deutung der ursachenorientierten Krimi-nalpolitik erneut deutlich gemacht. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine steigende Arbeitslosigkeit, ein Mangel an Ausbildungsplätzen sowie eine sinnvolle Freizeitgestaltung aus kriminalpolitischer Sicht in Zukunft die größten Sorgen berei-ten werden. Die CDU wird ihr Bemühen um eine konsequente Kriminalitätsbekämp-fung durch Prävention weiter stärken.

Dieser Ansatz fand die breite Unterstüt-zung der anwesenden Kommunalpolitiker. Ausdrücklich zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang die auf Initiative der CDU in Mecklenburg-Vorpommern institutio-nalisierte kommunale Kriminalprävention. Darüber hinaus darf aber nicht vergessen werden, dass im repressiven Bereich Straftaten unmittelbare und spürbare Kon-sequenzen haben müssen. Straftätern muss eindeutig und sofort die rote Karte gezeigt werden. ■

Hände weg von der Mehrwertsteuer!

Zu den Überlegungen des Bundesfi-nanzministers, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, erklärte die finanzpoliti-sche Sprecherin der CDU/CSU-Bun-destagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Zu der vielstimmigen und chaotischen Steuererhöhungsdebatte der SPD ge-sellt sich nun der Bundesfinanzminister hinzu. Auch ihm müsste klar sein, dass die Steuerbelastung für Bürger und Un-ternehmen in Deutschland die hinnehmbaren Grenzen erreicht hat. Unser Land braucht jetzt dringend mutige Konzepte in der Steuerpolitik mit einer echten

Nettoentlastung aller Steuerzahler und deutlichen Impulsen für mehr Wachs-tum und Beschäftigung. Die Vorschlä-ge der Union liegen hierzu auf dem Tisch. Die Koalition wäre gut beraten, sich ernsthaft mit diesen Vorschlägen auseinanderzusetzen, anstatt wie vom Bundesfinanzminister geschehen, mög-liche Entscheidungen des Bundesver-fassungsgerichts als untaugliche Ausre-de für weitere Erhöhungen der Mehr-wertsteuer zu missbrauchen. – Deutsch-land braucht weniger Steuern, darum Hände weg von der Mehrwertsteuer!

SCHWARZBUCH**60 Mrd DM verschwendet**

Wer mit dem Geld anderer umgeht, tut dies mit der gebotenen Vorsicht. Eine Selbstverständlichkeit sollte man meinen. Dass dem nicht so ist, beweist Jahr für Jahr das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes. Dieses Jahr fällt das Buch besonders dick aus. Ausgerechnet in einem Jahr, in dem die Rede ist vom Sparpaket, in dem viele 630-Mark-Jobber von ihrem Nebenverdienst deutlich weniger haben als zuvor und Rentner gesagt bekommen, dass es zwei Jahre nur für einen Inflationsausgleich reicht. **Rheinische Post**

TRANSRAPID**Scheitern mit Bedacht**

Wenn die Erfinder der Glühbirne und des Autos mit der gleichen Unentschlossenheit vorgegangen wären, wie die Verfechter des Transrapid, gäbe es heute noch Kienspan und Kutsche. Vor gut 70 Jahren in Deutschland entwickelt, vor 30 Jahren geprüft und für gut befunden, wird die Magnetschwebbahn begutachtet und durchgerechnet – und jetzt fädeln SPD und Grüne offensichtlich mit Bedacht ihr Scheitern ein.

Die WeltROT-GRÜNE KOALITION**Leere Hände**

Vor ihrem Koalitionsgespräch hatten die Grünen einen begrenzten Konflikt mit der SPD angekündigt. Es muss ein sehr begrenzter Konflikt gewesen sein. Denn am Ende standen sie wieder mit leeren Händen da. Kein substantieller Fortschritt, der die Anhänger neu motivieren könnte. Atomausstieg, Transrapid, Liberalisierung des Strommarktes – alles wurde wieder auf die lange Bank geschoben. Die Koalition ist von einer Einigung in zentralen Streitpunkten so weit entfernt wie eh und je.

Neue Osnabrücker ZeitungRENTE AB 60**Unbezahlbar**

Frühe Rente im Kampf gegen Arbeitslosigkeit – dieses Modell funktioniert nicht. Die Rente mit 60 ist der falsche Weg: plus längere Lebenserwartung unbezahlbar. Belastet jüngere Generationen stark und senkt die Arbeitslosigkeit nicht. Statt die Rentenjahre immer weiter auszudehnen, müssen die älteren Arbeitnehmer künftig länger arbeiten als heute, wenn unser Rentensystem nicht ganz kippen soll.

Westdeutsche AllgemeineBÜNDNIS FÜR ARBEIT**Plumpe Taktik**

Moderate Lohnpolitik gegen die Rente ab 60 – mit diesem Angebot hatte IG-Metall-Chef Klaus Zwickel versucht, eine Bresche in die Phalanx der Gegner seines Beschäftigungsmodells zu schlagen, wo sie am brüchigsten ist. Gerade in der Metall- und Elektroindustrie gibt es Unternehmen, die gegen einen neuen Vorruhestand zum geräuschlosen Abbau ihrer Belegschaften nichts einzuwenden hätten. Doch Arbeitgeber-Chef Stumpfe ist standhaft geblieben – mit Gesammetall gibt es keine Rente ab 60. **Handelsblatt**

SOZIALDEMOKRATEN**Unvermögen**

Kommt sie, kommt sie nicht? Seit Wochen kursieren immer neue Gerüchte, die SPD wolle nun doch eine neue Vermögensabgabe einführen. Wahrscheinlich wird es am Ende darauf hinauslaufen, dass erneut die Erbschaftsteuer erhöht wird – wie schon vor einigen Jahren, als damit die Abschaffung der Vermögensteuer ausgeglichen worden ist. Ob das wirtschaftlich vernünftig ist, interessiert nicht. Es soll ein Zeichen gesetzt werden.

Tagesspiegel

Vereinsförderung verbessern

Zur 1. Lesung des von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurfes zur Verbesserung der Vereinsförderung und der Situation der ehrenamtlich Tätigen erklärte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert:

Ohne Leistung der Vereine wären viele Leistungen in unserem Gemeinwesen nicht möglich. Sie leisten hervorragende Jugendarbeit, integrieren wie selbstverständlich ausländische Bürger, führen jung und alt zusammen, leisten Vorbildliches in der gesundheitlichen Fürsorge und üben in demokratische Verhaltensweisen ein.

Und dies überwiegend mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich unentgeltlich und freiwillig in den Dienst einer Sache stellen. Dafür gilt ihnen unser Dank. Deshalb müssen wir unsere Vereine stärken und die Situation ehrenamtlich Tätiger fördern und verbessern. Diesem Anliegen dient der von der CDU/CSU Bundestagsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf:

Wir fordern Rot-Grün auf, dem Entwurf zuzustimmen

Erhöhung der Besteuerungs- und Zweckbetriebsgrenzen von 60.000 DM auf 120.000 DM, Bilden einer zusätzlichen Rücklage bis zu 50.000 DM jährlich, gebunden an die Mitgliederzahl und Verdoppelung der Übungsleiterpauschale von 2400 DM auf 4800 DM. Unsere Vereine können flexibler auf die Anforderungen reagieren, die sich durch Veränderungen des gesellschaftlichen Umfeldes ergeben. Übungsleiter und ehrenamtlich Tätige können höhere Aufwendungen steuerlich geltend machen, ihnen wird mehr materielle Anerkennung zuteil.

Rot-Grün ist gefordert, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Sie haben im Koalitionsvertrag die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Breitensport versprochen. Das Gegenteil hat Rot-Grün gemacht. Sie haben die Energiesteuern – und dies permanent für die nächsten Jahre – drastisch erhöht.

Durch die Neuregelungen der 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigkeit haben sie die Vereine in unerhörtem Maße belastet. Ein Drittel der Übungsleiter in Sportvereinen haben ihre Arbeit hingeworfen. Sie lassen sich nicht mit Versprechen abspeisen, vor allem wollen sie nicht, dass Rot-Grün ihnen ständig in die Taschen greift.

Nur eins ist verlässlich: versprochen – gebrochen

Die Zusagen an die Vereine vom SPD-Fraktionvorsitzenden Struck und seiner Vertreterin Schmidt, die Übungsleiterpauschale zu verdoppeln, entbehren inzwischen jeglichen Wahrheitsgehaltes wie auch das Versprechen, die Übungsleiterpauschale auf alle ehrenamtlichen Tätigkeiten auszudehnen. Versprochen und gebrochen: die einzige Verlässlichkeit bei dieser Regierung.

Das Konzept der CDU/CSU Bundestagsfraktion ist klar und deutlich: Rot-Grün muss die Neuregelungen der 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigkeit ohne Wenn und Aber zurückziehen, unseren Vereinen einen fairen Ausgleich für die Erhöhung der Energiesteuern gewähren und unserem Gesetzentwurf zustimmen:

Dies hilft unseren Vereinen, und Rot-Grün wäre beim Sport etwas glaubwürdiger. ■

Müller muss Eichels Pläne stoppen

Zur geplanten drastischen Verlängerung der Abschreibungsdauer für Anlagegüter erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Das Bundesfinanzministerium (BMF) plant, die in den sog. AfA-Tabellen festgelegten Nutzungsdauern für Anlagegüter drastisch anzuheben. Einige Beispiele aus dem Entwurf der AfA-Tabelle für allgemeinverwendbare Wirtschaftsgüter verdeutlichen die enorme Erhöhung:

- ▶ Drehbänke: 20 statt 10 Jahre
- ▶ Fräsmaschinen: 17 statt 10 Jahre
- ▶ Großrechner: 8 statt 5 Jahre
- ▶ Werkstations, PC's: 6 statt 4 Jahre
- ▶ Drucker, Scanner etc.: 7 statt 4 Jahre
- ▶ Lastkraftwagen: 11 statt 7 Jahre.

Im Schnitt verlängern sich die steuerlich zulässigen Abschreibungsdauern z. B. für Maschinenbauprodukte von durchschnittlich gut 8,5 auf etwas mehr als 14 Jahre.

Eine solche drastische Verlängerung der Nutzungsdauer steht im Gegensatz zur Realität in den Unternehmen. Um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, müssen Maschinen und Anlagen in immer kürzerer Frist durch neue, leistungsfähigere ersetzt werden. Maßgeblicher Grund für den Austausch einer Maschine ist dabei nicht der vom BMF zugrundegelegte mechanische Verschleiß, sondern deren Effizienz im Produktionsprozess. Die ständig steigenden Ansprüche an Qualität, Ausbringungsmenge, Zuverlässigkeit und damit Kosten einer Maschine können mit einer zwar nach wie vor funktionstüchtigen, aber wirtschaftlich veralteten Maschine nicht mehr erfüllt werden. Diesen Aspekten wird bei der Bemessung der Abschreibungsdauer in dem Entwurf keine Rechnung getragen.

Ich habe deshalb Bundeswirtschaftsminister Müller im Wirtschaftsausschuss des Bundestages eindringlich aufgefordert, diesen Plänen von Finanzminister Eichel entgegenzutreten.

Eine Verlängerung der steuerlichen Nutzungsdauer für Anlagegüter trägt nicht zu mehr Vertrauen in das Projekt Unternehmensteuerreform bei. Wer die Investitionen stärken will, sollte sie nicht schon vor der auf das Jahr 2001 verschobenen generellen Unternehmensteuerreform steuerlich massiv benachteiligen.

Bundesfinanzminister Eichel belastet die Unternehmen nach eigenen Berechnungen mit insgesamt 2,2 Mrd. DM im sog. Entstehungsjahr (erstes Jahr der vollen Wirksamkeit der Tabellen). Damit verringert sich das Entlastungsvolumen der geplanten Unternehmensteuerreform von 8,2 auf 6 Mrd. DM. Im Jahr 2000 müssen die Unternehmen die Steuerreform sogar mit 0,9 Mrd. DM vorfinanzieren. Im Jahr 2003 beträgt die Entlastung nur 0,8 Mrd. DM statt der versprochenen 8 Mrd. DM.

Die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen wird unweigerlich zu einem Rückgang der Nachfrage nach Maschinen und Anlagen führen und damit die labile Investitionsgüterkonjunktur beschädigen.

Investitionen mit Steuererhöhungen durch die Hintertür gebremst

Zu den Plänen des Finanzministers, die Abschreibungsfristen für Anlagegüter drastisch zu verlängern, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Trotz der Ankündigung der Bundesregierung, bei einer Steuerreform im nächsten

Neuer Beschäftigungsrückgang durch 630-Mark-Regelung

Zu den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Beschäftigungssituation im Deutschen Handwerk erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Der Mittelstand war in den vergangenen Jahren stets ein Garant für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Alleine im Jahre 1998 verzeichnete der Mittelstand einen Zuwachs von 91.500 Beschäftigten. Durch die katastrophalen Rahmenbedingungen, die die Regierung Schröder in den letzten Monaten geschaffen hat, ist diese positive Tendenz nicht aufrechtzuerhalten. Ende Juni 1999 waren im Bereich Handwerk nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 4,3% weniger Mitarbei-

ter beschäftigt als im Vorjahresmonat. Im Bekleidungs- und Textilgewerbe ist sogar ein Rückgang von 9,9% festzustellen. In diesen Branchen sind viele Mitarbeiter auf 630-Mark-Basis tätig. Ein Zusammenhang des Beschäftigungsrückgangs mit der „630-Mark-Regelung“ wird inzwischen auch vom Statistischen Bundesamt eingeräumt. Diese mittelstandsfeindliche Regelung schränkt die Operationsfähigkeit der Betriebe massiv ein und kostet Arbeitsplätze. In der Folge geraten auch zunehmend reguläre Vollzeit Arbeitsplätze in Gefahr.

Die „630-Mark-Regelung“ muss unverzüglich zurückgenommen werden, damit der Mittelstand in Deutschland wieder Beschäftigung schaffen kann.

Jahrtausend auch die Unternehmen zu entlasten, wird genau das Gegenteil getan. Nach den Plänen des Finanzministers sollen jetzt die nach der Abschreibungstabelle für Anlagegüter zu berücksichtigenden Nutzungsdauern für Maschinen und andere Investitionsgüter drastisch erhöht werden, im Schnitt von 8,5 auf 14,5 Jahre. So soll beispielsweise die Nutzungsdauer von Pressen und Stanzen bei 25 Jahren (bisher 10), von Schleifmaschinen bei 20 (bisher 10) und von sehr kurzlebigen Produkten wie Personalcomputern bei 6 Jahren (bisher 4) liegen.

Das Bundesfinanzministerium legt ausschließlich den mechanischen Verschleiß zugrunde. Maßgeblich für den Austausch einer Maschine ist jedoch deren Effizienz im Produktionsprozess, da nur so die ständig steigenden Ansprüche an Qualität, Produktionsmenge und Zuverlässigkeit

erfüllt werden können. Mit veralteten Maschinen ist ein Unternehmen weder national noch international konkurrenzfähig. Nach der geplanten Neuregelung hätte Deutschland die mit Abstand schlechtesten Abschreibungsmöglichkeiten aller Industrieländer. Während Maschinen in den USA, Frankreich und Italien in 5-10 Jahren abgeschrieben werden können, wäre Deutschland mit 10-20 Jahren enormen Nachteilen ausgesetzt.

Folge wäre eine hoffnungslose Überalterung des Maschinenparks der deutschen Unternehmen und auch ein Einbruch bei der Nachfrage nach Investitionsgütern. Allein die Kunden des Maschinen- und Anlagenbaus würde Eichels Plan ca. 2,5 Milliarden DM jährlich kosten.

Der Finanzminister muss diese Investitionsvernichtungspläne sofort zurücknehmen! ■

Änderung des Eigenheimzulagengesetzes stellt private Altersvorsorge in Frage

Zu der geplanten Senkung der Einkommensgrenzen im Eigenheimzulagengesetz erklärte Michael Meister, Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Mit der geplanten Änderung der Einkommensgrenzen im Eigenheimzulagengesetz (bisher: DM 240.000/120.000, künftig DM 160.000/80.000) wird ein hervorragend angenommener Weg der privaten Altersvorsorge verstellt und öffentliche Mittel aus dem investiven in den konsumtiven Bereich umgelenkt. Dies ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv und wird sich auch als finanzpolitischer Flop erweisen. Aus Sicht der Baupolitik untergräbt die Bundesregierung auch eine wichtige Stütze der Baukonjunktur in Deutschland. Deshalb ist die im Rahmen des Haushalts-sanierungsgesetz geplante Absenkung in jeglicher Hinsicht unsachgemäß.

Grundlage des Erfolgs: klare Formulierungen

Die Einführung der Eigenheimzulage, mit der zum 1.1.96 der alte §10e EStG abgelöst wurde, hat sich als eine Initialzündung für den Wohneigentumserwerb erwiesen. So sind im Vergleich zu 1995 die Genehmigungen für Einfamilienhäuser um 40% gestiegen. Mit der Eigenheimzulage wurden so Investitionen in erheblichem Umfang initiiert. Die einfache und klare Formulierung der Eigenheimzulage hat die wesentliche Grundlage zu dieser Erfolgsgeschichte gelegt. Die beabsichtigte Absenkung der Einkommensgrenzen wäre bereits die 4. Änderung dieses Gesetzes, was das Verständnis möglicher Häuslebauern nicht fördert und nicht zu sicheren

Rahmenbedingungen beiträgt. Eine solche Verunsicherung lässt sich bereits im 1. Halbjahr 1999 erkennen. Wie die Bundesbank in ihrem letzten Monatsbericht urteilt: „Der Einfamilienhausbau entfaltet nicht mehr genügend Schwung, um die anhaltende Verschlechterung im Mietwohnungsbau aufzufangen.“

Die geplante Absenkung der Einkommensgrenzen wird bestimmte Haushalte diskriminieren. So fallen bereits Single-

Ein hervorragend angenommener Weg der privaten Altersvorsorge wird verstellt, und öffentliche Mittel werden – wirtschaftlich kontraproduktiv – aus dem investiven in den konsumtiven Bereich umgelenkt.

Haushalte mit einem Einkommen von DM 3500/Monat aus der Förderung, dies kann beispielsweise Berufseinsteiger nach dem Studium betreffen.

Aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung geht hervor, dass 35.000 Haushalte im kommenden Jahr aus der Förderung fallen. Dies wird nicht ohne Folge für die Baukonjunktur bleiben, zumal man nicht dauerhaft von der derzeit günstigen Zinssituation ausgehen kann. Ein Rückgang von 25.000 Neubauten im Einfamilienhausbereich bedeutet ein Minus an Investitionsmitteln von 20 Mrd. DM und einen Verlust von 50.000 Arbeitsplätzen in der Baubranche. Deshalb wird auch die finanzpolitische Rechnung nicht aufgehen, denn den Minderausgaben werden Mindereinnahmen bei Umsatz- und Einkommenssteuern und Mehrausgaben in den Sozialversicherungen gegenüberstehen.

Wohngeld bleibt auf der Strecke

Am Beginn der parlamentarischen Beratungen des von der Regierung Schröder geschnürten Wohngeld-Pakets erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Die Beschlusslage in der Länderkammer und die jetzt in den Bundestagsausschüssen aufgenommenen Beratungen machen überdeutlich, dass das von der Bundesregierung geschnürte Wohngeld-Paket auf tönernen Füßen steht.

Die Folge des erkennbar vor dem Scheitern stehenden Rückzugs des Bundes aus der Mitfinanzierung des pauschalierten Wohngeldes ist zum einen, daß sich im Verkehrs- und Bauetat eine weitere Haushaltslücke von 2,5 Milliarden DM für das Jahr 2000 auftut. Was einmal Münteferings Haupt-Beitrag zu Eichels Sparpaket sein sollte, entpuppt sich jetzt für jedermann als Luftbuchung oder – in der Sprache des zurückgetretenen Bauministers als „Wunsch und Wolke“.

Wenn die rot-grüne Koalition bei den Haushaltsberatungen daran dennoch festhalten sollte, den Wohngeld-Ausgabenansatz nur mit 1,8 Milliarden DM statt 4,3 Milliarden DM auszustatten, wäre dies ein Verstoß gegen die Prinzipien der Haushalts-Klarheit und Haushalts-Wahrheit.

Leistungsverbesserungen als Druckmittel benutzt

Die Folge ist weiterhin, dass die ohnehin erst für 2001 vorgesehenen Leistungsverbesserungen beim Tabellenwohngeld trotzdem noch von Rot-Grün als Druckmittel für die Durchsetzung willkürlicher Ausgabenverlagerung auf Länder/Gemeinden benutzt werden.

Die Regierungs-Koalition hat im Verkehrs- und Bauausschuss unseren Antrag abgelehnt, den Teil Wohngeld-Rechtsreform und -Tabellenwohngeldanpassung vom Haushaltssanierungsgesetz abzukoppeln und seriös und verlässlich für alle Beteiligten bis zum Jahresende zu beraten. Das vorgesehene Junktim kann die Koalition schon deshalb sachlich nicht rechtfertigen, weil sie erklärtermaßen die Leistungsverbesserungen beim Wohngeld auf den Rücken von „Häuslebauern“ gegenfinanzieren möchte.

Schlimmer noch: Das Geld aus dem Abbau der Eigenheimförderung will man bereits ein Jahr vorher und auch unabhängig von der Einhaltung des Wohngeldversprechens einkassieren.

Ausgerechnet Schwächere schlechter gestellt

Wie wenig der Bundesregierung an einer seriösen Beratung gelegen ist, dürften derzeit Bürger aus den neuen Ländern besonders schmerzlich verfolgen. Obwohl sich die Rechenbeispiele häufen, dass ausgerechnet einkommensschwächere Personen in den neuen Ländern wie Arbeitslose, Rentner und Alleinerziehende sich durch die Regierungsvorschläge schlechter stellen würden gegenüber dem geltenden Recht, verschleiert die Bundesregierung dies auch in der vom Bundeskabinett beschlossenen Stellungnahme zu den Bundesrats-Anträgen durch eine statistische Durchschnittsbetrachtung. Dass ausgerechnet die einkommensschwächeren Haushalte, immerhin ca. 50-60% der Wohngeldempfänger in den neuen Ländern, sich gegenüber geltendem Recht schlechter stellen würden, wirft einmal mehr ein Licht auf die soziale Schieflage der Regierung Schröder. ■

Schily verschwendet Steuergelder

Zur Kritik des Steuerzahlerbundes am nachträglichen Millionen-Umbau von Otto Schilys Minister-Etage erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits vor Monaten laut und deutlich kritisiert hat, ist jetzt auch dokumentiert im berühmt-berüchtigten „Schwarzbuch“ des Steuerzahlerbundes: Bundesinnenminister Otto Schily hat beim nachträglichen Umbau der Führungsetage seines Berliner Amtssitzes 1,6 Mio DM verschwendet. Dieser Umbau mag sein Gutes haben – jedenfalls für Otto Schily und seinen engsten Mitarbeiter, die jetzt mehr und vor allem schönere Räume zum Regieren haben. Besser allerdings wäre es gewesen, Otto Schily hätte diese 1,6 Mio DM für die wirklich wichtigen Aufgaben seines Ressorts ausgegeben. Was er zu Beginn seiner Amtszeit verschwendet hat, fehlt jetzt. Statt an Repräsentation zu sparen, kürzt er zu Lasten der Menschen in unserem Land. Er gibt weniger aus für

- die Beschaffung von Führungs- und Einsatzmitteln der *Bereitschaftspolizeien* der Länder. Nach einer 3-Mio-DM-Kürzung im ersten Jahr sehen seine Planungen

vor, den Bundesanteil sogar ganz zu streichen und sich so Schritt für Schritt aus der bundesstaatlichen Solidarität in Sachen innerer Sicherheit zu verabschieden. Unverantwortlich!

- den *Zivilschutz*, löst kurzerhand das eigenständige Bundesamt für Zivilschutz auf, baut ein Viertel des Personals ab und sorgt dafür, dass in einigen Jahren statt der vorgesehenen 9 460 Zivilschutz-Kfz nur noch 6 500 Kfz vorhanden sein werden. Beunruhigend!
- die Förderung des Sportstättenbaus in den neuen Ländern („*Goldener Plan Ost*“). Statt der im Wahlkampf vollmundig zugesagten 100 Mio DM finden sich in Otto Schilys Haushaltsplan sage und schreibe 0 DM. Kaum versprochen – schon gebrochen!
- die *BGS-Bahnpolizei*, für deren Einsatz er der Bahn 250 Mio DM in Rechnung stellen will. Sicherheit nach Kassenlage!

Fazit: „Gut regieren“ heißt nicht „schön regieren“, sondern die notwendigen Aufgaben erfüllen – vor allem, wenn es um die Sicherheit der Menschen in unserem Land geht.

Ein verlorenes Jahr für Arbeitslose

Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die neue Bundesregierung hat auf dem Arbeitsmarkt nichts, aber auch gar nichts erreicht. Die Zahlen vom September entsprechen fast exakt den Werten des Vorjahres, die noch von der alten Bundesregierung verantwortet wurden. Für die Arbeitslosen war

es ein verlorenes Jahr. Von der Dynamik des letzten Jahres ist nichts mehr zu spüren. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen sogar um 9.000 gestiegen. Zwischen West und Ost geht die Schere weiter auseinander. Die Zahlen sind ein Armutszeugnis für SPD und Grüne. Sie entlarven die Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt als das, was sie sind: planlos, phantasielos, erfolglos.

Die überproportionalen Kürzungen der Regierung sind verantwortungslos

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Armin Laschet MdEP, hat die Kernforderungen des Papiers „Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des Tages der 6 Milliarden“ vorgestellt:

Die Weltbevölkerung ist in diesen Tagen auf sechs Milliarden angestiegen. Jährlich kommen rund 78 Millionen Menschen hinzu. Das Weltbevölkerungswachstum erschwert Entwicklung, führt zu Armut und Ressourcenverknappung und verschärft die globalen Probleme.

Die Regierung Schröder plant, die Budgets für die bevölkerungspolitische Entwicklungszusammenarbeit überproportional zu kürzen. So ist vorgesehen, die deutschen Beiträge für den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA bereits im Jahre 2000 um 55 Prozent zu kürzen. In der mittelfristigen Haushaltsplanung der Bundesregierung sind weitere drastische Kürzungen auf diesem Gebiet vorgesehen. Der CDU-Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik lehnt dies ab.

Bevölkerungspolitik, Familienplanung und die Stärkung der Stellung der Frau in den Entwicklungsländern sind Kernelemente der Globalen Zukunftssicherung. Die Instrumente zu ihrer Verwirklichung müssen gestärkt und nicht verringert werden. Deutschland darf sich seiner Verantwortung für die Verwirklichung des Aktionsplans der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 nicht entziehen. Der CDU-Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik fordert die Bundesregierung daher auf:

Die deutschen Finanzmittel zur Verwirklichung der Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 müssen entsprechend den Beschlüssen des Deutschen Bundestages erhöht werden.

Die überproportionalen Kürzungen deutscher Beiträge für den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA sind verantwortungslos und falsch. Entsprechendes gilt für deutsche Beiträge zum Internationalen Familienplanungsverband IPPF (International planned parenthood association). UNFPA und IPPF kommt bei der Verwirklichung des Kairoer Aktionsplans eine besondere Bedeutung zu.

Die deutsche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit muss der in Kairo 1994 übereinstimmend festgestellten Vernachlässigung der Jugend in Entwicklungsländern mit einem europäischen Programm für die Jugend in Entwick-

Bevölkerungspolitische Forderungen der CDU Deutschlands

lungsländern entgegenwirken. Vorrangig sind hierbei Bildung, Maßnahmen der reproduktiven Gesundheit inkl. Familienplanung und Sexuaufklärung sowie arbeitsschaffende Maßnahmen wie ein Sonderprogramm mit Kleinstkrediten für unternehmerische Betätigungen junger Menschen in Entwicklungsländern.

Die von der Regierung Schröder vorgesehenen Kürzungen auf dem Gebiet der Weltbevölkerungspolitik sind keine Sparmaßnahmen, sondern eine zusätzliche Belastung künftiger Generationen.

Das Papier „Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des Tages der 6 Milliarden“ des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik kann in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Referat Entwicklungspolitik (Tel.: 02 28/5 44-3 25, Fax: 02 28/5 44-3 22), bestellt werden. ■

10-Punkte-Positionspapier zum Auslandsrundfunk

Anlässlich eines öffentlichen Hearings der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Zukunft des deutschen Auslandsrundfunks in der auswärtigen Medien- und Kulturarbeit Deutschlands“ mit mehr als 100 Teilnehmern aus den Bereichen Medien und Politik legte der Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU, Bernd Neumann, ein Positionspapier mit zehn Punkten vor:

1. Die Verbesserung der Außendarstellung Deutschlands in der Welt ist unabweisbar, zumal unser Land nach der Wiedervereinigung eine noch bedeutendere Rolle in Europa und darüber hinaus einnimmt. Hierbei kommt den elektronischen Medien, also dem deutschen Auslandsrundfunk (Deutsche Welle), eine zentrale Rolle zu.
2. Die Hauptzielsetzung des Auslandsrundfunks (DW) ist die Vermittlung eines umfassenden Bildes des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland in deutscher Sprache und in Fremdsprachen. Darüber hinaus hat die Deutsche Welle als „Stimme der Freiheit“ in Ländern ohne oder mit eingeschränkter Informationsfreiheit eine weitere wichtige Aufgabe:
3. Die wichtigste Zielgruppe der DW-Sendungen müssen ausländische Entscheidungsträger und Multiplikatoren sein. Vorübergehend oder dauerhaft im Ausland lebende Deutsche sowie Deutschlernende in aller Welt sind ebenfalls wichtige Ansprechpartner.
4. Fremdsprachige wie auch deutschsprachige Programme in Hörfunk und Fernsehen sind unverzichtbare Bestandteile eines deutschen Auslandsprogramms.
5. Auslandsrundfunk muss integraler Bestandteil der gesamten auswärtigen Kulturpolitik sein. Solange das von der rot-grünen Bundesregierung angekündigte neue Konzept für eine Verbesserung der Außendarstellung Deutschlands nicht vorliegt, ist es sachwidrig, isoliert über mögliche einschneidende Veränderungen bei der Deutschen Welle zu entscheiden. Die ohne jegliches Konzept von der Bundesregierung bereits jetzt beschlossenen Kürzungsmaßnahmen bei der Deutschen Welle von mehreren hundert Millionen DM bis 2003 werden die mediale Präsenz Deutschlands im Ausland massiv schwächen, obwohl diese gestärkt werden müsste.
6. Die Einhaltung der im Deutsche Welle-Gesetz enthaltenen Finanzgarantie in Verbindung mit einer abgestimmten mittelfristigen Aufgabenplanung muss verlässlich gewährleistet sein. Die vorgesehenen drastischen Sparmaßnahmen der Bundesregierung verstoßen gegen dieses Gesetz.
7. Die im Artikel 5 des Grundgesetzes verankerte Presse- und Rundfunkfreiheit muss auch für die Deutsche Welle gelten. Die Bundesregierung darf nur eine Rechtsaufsicht ausüben. Inhaltlich-programmatische Einflussnahmen – so, wie sie von Staatsminister Naumann versucht werden – sind unzulässig.
8. Beim deutschen Hörfunkprogramm der Deutschen Welle ist – insbesondere aus Kostengründen – die Kooperation mit

Knapp zehn Millionen Deutsche nutzen regelmäßig das Internet

Die Nutzung des Internet in Deutschland hat im ersten Halbjahr 1999 um 18 Prozent zugenommen. 9,9 Millionen von 44,4 Millionen Deutschen zwischen 14 und 59 Jahren nutzen mittlerweile regelmäßig das Internet.

Das ergab eine Studie des Marktforschungsinstituts GfK, die der Online-Dienst AOL und eine Reihe anderer Unternehmen in Auftrag gegeben hatten. Somit sind inzwischen 22 Prozent der deutschen Bevölkerung regelmäßig online.

„Das Internet entwickelt sich langsam von einem Rand- zu einem Massenmedium“, sagte Carola Holtermann von AOL. Hinzu kommt ein Potenzial

von 6,8 Millionen Menschen, die bereits über einen Internet-Anschluss zu Hause oder im Büro verfügen, ihn aber noch nicht verwenden. Die GfK hatte im „4. Online-Monitor“ zwischen Mai und Juli 5 063 Personen am Telefon befragt.

Die Wandlung des Internet zu einem Massenmedium zeichne sich immer deutlicher ab, sagte Holtermann. Die Zusammensetzung von Interessen und Verhalten der Internet-Surfer sei der der Gesamtbevölkerung bereits sehr ähnlich. Längst sei das neue Medium nicht mehr den gebildeten und finanzstarken Bevölkerungsgruppen vorbehalten.

Deutschlandfunk/Deutschlandradio und den ARD-Landesrundfunkanstalten zu forcieren. Kostenfreie Rechtenutzungen sind Voraussetzung für wirksame Einsparungen. Die Grundlagen dafür sind ggf. im Rahmen eines Bund-Länderstaatsvertrages zu schaffen.

9. Die finanziellen Mittel, die der Deutschen Welle für das Auslandsfernsehen zur Verfügung stehen, reichen nicht aus, um ein vielfältiges, den verschiedenen Ansprüchen entsprechendes Programm anzubieten, das gegenüber den Programmen anderer großer internationaler Sender auf Dauer mithalten kann. Deshalb ist Kooperation von ARD, ZDF und DW beim deutschsprachigen Auslandsfernsehen dringlich geboten, wobei das Papier einer Arbeitsgruppe von ARD, ZDF und DW vom 25. Juni 1999 eine gute Ausgangsgrundlage darstellt. Eine Beteiligung von ARD und ZDF beim Auslandsfernsehen

darf allerdings nicht dazu mißbraucht werden, das Sparkonzept der Bundesregierung beim Etat der DW durchzusetzen.

10. Ziel der Kooperation von ARD, ZDF und DW ist die gemeinsame Gestaltung eines 24-stündigen deutschsprachigen FS-Auslandskanals. Die Beteiligten teilen sich für die jeweils produzierten Sendungen die Programmverantwortung. Die Auslandskompetenz der Verantwortlichen in der DW muss im Gesamtkonzept erhalten bleiben.

Die DW betreibt daneben in eigener Regie ergänzend einen fremdsprachigen Auslandskanal, über den vor allem Programme für ausländische Rebroadcaster zugeliefert werden.

Im Rahmen eines Bund-Länderstaatsvertrages sollten die Grundlagen für die Kooperation zwischen ARD, ZDF und DW fixiert werden. ■

Thomas Jansen Vorsitzender des CDU-Verbandes Brüssel-Belgien

Der CDU-Verband Brüssel-Belgien, der erste und einzige Auslandsverband der CDU, hat Dr. Thomas Jansen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er hat den langjährigen Vorsitzenden des Verbandes Hans-Jürgen Kerkhoff abgelöst, der seinen Lebensmittelpunkt wieder nach Deutschland verlegt hat.

Kerkhoff hatte sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass der Verband im Juni 1996 den Status des Auslandsverbandes erhielt. Der Verband Brüssel-Belgien zeichnet sich durch eine besondere europapolitische Orientierung aus. Sein Profil wird u.a. dadurch mitbestimmt, dass viele Mitglieder in den europäischen Institutionen tätig sind.

Thomas Jansen, der von 1983 bis 1994 Generalsekretär der Europäi-

schen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) war, ist seit 1995 Berater in der Gruppe für prospektive Analysen der Europäischen Kommission. Er bezeichnete nach seiner Wahl die weitere europapolitische Profilierung des Verbandes und die Intensivierung der Kontakte mit der Partei in Deutschland sowie die Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen in Brüssel tätigen christlich-demokratischen Kreise als Hauptaufgaben des Verbandes.

Außerdem will der Verband die Kontakte zu den in Belgien vertretenen Schwesterparteien aus anderen Mitgliedsländern fördern. Der CDU-Verband Brüssel-Belgien hat derzeit ca. 150 Mitglieder.

Aufbau Ost zur Nebensache degradiert

Zur geplanten Mittelkürzung der Regierung im Bereich Aufbau Ost erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe für die Angelegenheiten der neuen Länder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Nooke:

Staatsminister Schwanitz hat für den Aufbau Ost bisher nichts erreicht. Seine neue Liste zum Aufbau Ost schafft nicht mehr Klarheit, sondern weist Mittelkürzungen im Vergleich zu den Plan-Zahlen 1999 und erst recht zu den Ist-Zahlen 1998 aus. So sind die Ausgaben für die Eisenbahn in der alten Transfer-Liste des BMF vom

April 1999 für das Jahr 1998 mit 6,9 Mrd. DM und in der aktuellen Übersicht für dasselbe Jahr mit 4,6 Mrd. ausgewiesen.

Schon daraus ergibt sich, dass der Haushalt 2000 für den Aufbau Ost keineswegs nur im Vergleich zu 1999 gekürzt wurde, sondern auch im Vergleich zu 1998 keine Steigerung aufweist.

Die Zahlen des BMF sind in der Tat schwer verständlich, aber Staatsminister Schwanitz sollte endlich aufhören, seine Niederlagen als Erfolge zu verkaufen.

Schiene bleibt auf der Strecke

Gegen Lockerung der Wochenendfahrverbote für den Schwerverkehr

Keine Lockerung der Nacht- und Wochenendfahrverbote für schwere Lkw auf Autobahnen hat der verkehrspolitische Sprecher der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Georg Jarzembowski, gefordert. Der inoffizielle Vorschlag der finnischen Ratspräsidentenschaft gefährde auch die Akzeptanz des Güterfernverkehrs in der Bevölkerung.

Das gegenwärtig in Deutschland bestehende Wochenendfahrverbot für schwere Lkw auf Autobahnen sei ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen des Güterfernverkehrsgewerbes und den berechtigten Bedürfnissen der Bürger nach Nachtruhe und Lkw-freien Autobahnen am Wochenende.

„Eine Lockerung des Wochenendfahrverbots für schwere Lkw trifft insbesondere die Transitländer Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien, die bereits heute überdurchschnittlich unter dem Transitverkehr leiden“, so Jarzembowski.

Als geradezu kontraproduktiv nannte Jarzembowski diesen Vorstoß im Rat. „Wenn die Europäische Union mit diesem Vor-

schlag einen weiteren Anreiz für den Verkehrsträger Straße schafft, muss sie sich nicht wundern, wenn die ‘Schiene auf der Strecke bleibt‘“, so der Verkehrspolitiker der Union. Die Lockerung der Wochenendfahrverbote für schwere Lkw auf Autobahnen stehe damit eindeutig im Widerspruch zur offiziellen EU-Verkehrspolitik, da sie einen wichtigen der wenigen kooperativen Wettbewerbsvorteile der Schiene schwäche. Im knapp kalkulierten Gütertransportgewerbe dürften längere Lkw-Fahrzeiten zum Nachteil der Europäischen Eisenbahn gehen.

Jarzembowski betonte, dass die Mitgliedstaaten eine Verantwortung für den Schutz ihrer Bürger gegen zusätzliche Lärmemissionen hätten. „Das deutsche Fernverkehrsnetz stößt bereits heute an seine Grenzen. Noch mehr Lkw auf Autobahnen gerade an Wochenenden wird bei der deutschen Bevölkerung auf Unverständnis stoßen. Mit einer solchen Politik fährt die Europäische Union ins Abseits und in den Stau“, so der Unionspolitiker aus Hamburg anschließend.

SPD hat nichts gelernt – Klüngel und Filz gehen weiter

„Die SPD hat aus der verheerenden Niederlage bei den Kommunalwahlen nichts gelernt. Sie klüngelt und filzt weiter.“

Mit diesen Worten kommentierte der Generalsekretär der NRW CDU, Herbert Reul, Zeitungsberichte, wonach der Dortmunder Ex-SPD-Fraktionschef, Franz Josef Drabig, als künftiger Geschäftsführer der VEW-Immobilien-

engesellschaft gehandelt wird. „Es hat bei der SPD Tradition, ausgemusterte SPD-Kommunalpolitiker mit gut dotierten Verträgen in der Wirtschaft zu versorgen. Drabig ist wieder ein solcher Fall“, sagte Reul. Die Versorgungsmentalität der SPD sei nach der Kommunalwahl genau so groß wie vorher. Dabei wollte Müntefering im Herbst „einiges sauber fegen“.

Wege aus der Wasserkrise

Wasser ist das Lebenselixier unserer Erde, und es wird bedrohlich knapp. Bereits jetzt leben 15 Länder in Nord- und Westafrika und Westasien am absoluten Minimum von 500 Kubikmeter Wasser, dargeboten pro Kopf und Jahr.

Zwölf weitere stehen kurz davor. Verschärft wird diese Situation durch flächendeckende Wald- und Naturzerstörung, das Ausufernde der Megastädte und die Bevölkerungsexplosion. Wenn es um Wohl und Wehe der gemeinsamen Zukunft geht, müssen wir uns einmischen und haben drei Möglichkeiten, international zu reagieren: Der Politdialog mit den betroffenen Ländern ist zu verstärken – als ehrliche Makler. Wir müssen als einer der größten Beitragszahler in europäischen und internationalen Organisationen unsere Vorstellungen stärker durchsetzen. Wir müssen auch selbst finanziell und technisch helfen.

Unter der Regierung Kohl sind wir Schritt für Schritt zum wichtigsten Entwicklungspartner sowohl im Umweltbereich als auch auf dem Gebiet des Wasserschutzes geworden. Doch entgegen der vollmundigen Ankündigungen von Kanzler Schröder mit seiner Entwicklungsministerin Wiczorek-Zeul droht uns in der Entwicklungspolitik eine Trendwende nach unten. Statt

**Von Christian Ruck,
Mitglied der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

mit mehr Mitteln und Personal wird das Ressort mit einer weit überproportionalen, nie dagewesenen Kürzung gesegnet, und die mittelfristige Finanzplanung von Rot-Grün macht die Entwicklungspolitik endgültig zum Steinbruch.

Ein vergleichbarer Vorgang ist in Deutschland nicht zu erwarten

Zu dem Unfall in dem japanischen Brennelementewerk in Tokaimura erklärten der umweltpolitische Sprecher, Klaus Lippold, der Obmann, Peter Paziorek und der Berichterstatter für Kernenergiefragen der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Unsere Anteilnahme gilt den Menschen, die von dem Unfall unmittelbar betroffen sind. Eine erste Analyse zeigt, dass in einer Kombination aus menschlichem Versagen und fehlender technischer Sicherheit zur Verhinderung solcher Ereignisse die Unfallursachen zu

vermuten sind. Auch wenn aufgrund vollkommen anderer Rahmenbedingungen in den Anlagen in Lingen und Gronau ein ähnlicher Vorgang ausgeschlossen scheint, sollte aufgrund der japanischen Ereignisse eine Überprüfung des vorhandenen Sicherheitskonzepts in Deutschland erfolgen.

Wir gehen davon aus, dass eine Gefährdung der Menschen in Deutschland durch den Unfall nicht zu befürchten ist. Ein vergleichbarer Vorgang ist in Deutschland aufgrund einer erheblich anderen Sicherheitspolitik nicht zu erwarten.

CDU und Grüne wollen Entlassung von SPD-Ministerin

Nach verlorenen Prozessen des Landes Niedersachsen wegen der Auftragvergabe für einen Rettungshubschrauber dringen CDU und Grüne auf personelle Konsequenzen.

In einem gemeinsamen Antrag für die nächste Landtagswoche fordern beide Oppositionsfraktionen Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Glogowski (SPD) auf, Sozialministerin Heidi Merk (SPD) „unverzüglich aus dem Amt zu entlassen“.

Merk sei persönlich für die beim Vergabeverfahren gemachten und von zwei Gerichten angekreideten Fehler verantwortlich, sagte Rita Pawelski, die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, am 30. September in Hannover. Sie habe eigenhändig in das Verfahren eingegriffen und dieses manipuliert. Sie habe aber nicht die Größe besessen, spätestens nach dem zweiten Urteil zurückzutreten. Deshalb

stellten CDU und Grüne ihren gemeinsamen Entlassungsantrag. Brigitte Pothmer, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, erklärte ebenfalls: „Wir fordern die Entlassung der Ministerin, weil wir inzwischen nachweisen konnten, dass die von beiden Gerichten kritisierten Entscheidungen alle auf ihre persönliche Einflussnahme zurückzuführen sind.“ Diese Entscheidungen seien einseitig der Firma Wiking zugute gekommen. Bei einer solchen gezielten Einflussnahme müsse es politische Konsequenzen geben.

Das Verwaltungsgericht Göttingen und das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatten das Verfahren für die Vergabe des Auftrages an die Hamburger Firma Wiking für fehlerhaft erklärt. Sie gaben damit einer Klage des nicht zum Zuge gekommenen Konkurrenzunternehmens HSD aus Göttingen statt.

Gratulation und Respekt

Zur Auszeichnung des Schriftstellers Günter Grass mit dem Nobelpreis für Literatur erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Lammert:

Mit Günter Grass erhält einer der bedeutenden deutschen Autoren dieses Jahrhunderts einen der bedeutenden internationalen Kulturpreise und gewiss den populärsten Literaturpreis der Welt. Wie viele seiner Vorgänger erhält Günter Grass den Literaturnobelpreis wesentlich später als zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Werke, für die

er diese Auszeichnung verdient. Günter Grass ist in den Jahren seines literarischen und politischen Wirkens nicht nur ein „Zankapfel der deutschen Literaturkritik“ geworden, seine Stellungnahmen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen hatten häufig nicht das hohe Niveau, das er für die meisten seiner Bücher zweifellos beanspruchen kann. Es trifft sich also gut, dass der Nobelpreis vom Erfinder des Dynamits gestiftet wurde.

Meine Gratulation verbindet den ehrlichen Respekt für den Autor mit der gebotenen Vorsicht vor Sprengstoffen innerhalb und außerhalb von Buchdeckeln.

Parteitag setzt neue Maßstäbe:

Die Zukunft kommt aus Baden-Württemberg

Unter dem Motto „Auf geht's. Mit der Baden-Württemberg-Partei ins 21. Jahrhundert“ eröffnete Ministerpräsident Erwin Teufel den 40. Landesparteitag der CDU in Schwäbisch Gmünd. „Sonntagabend 18 Uhr: das ist die CDU-Zeit“, so Teufel zu Beginn seiner Rede.

Die vergangenen Landtags- und Kommunalwahlen seien ein deutliches Votum gegen Schröder und die rot-grüne Bundesregierung gewesen. Noch nie habe eine Regierung so schnell das Vertrauen der Bürger verspielt wie Rot-Grün seit dem 27. September '98. „Wir freuen uns, aber wir werden nicht übermütig“, so der Ministerpräsident. Im Bundesrat wolle die CDU Verantwortung übernehmen und die größten Fehler der Bundesregierung korrigieren.

In seiner Rede hob Teufel die Erfolge der Landesregierung hervor. „Im Süden Deutschlands lebt sich's besser. Lebensqualität hat einen Namen: Baden-Württemberg“, so Erwin Teufel unter großer Zustimmung der annähernd 400 Delegierten. Ein Erfolg bei den anstehenden Kommunalwahlen sei ein gutes Fundament für die Landtagswahlen im Frühjahr 2001. Bis dahin aber wolle man noch mehr als ein Jahr für das Land arbeiten. Stillstand und gar Dauerwahlkampf, wie in der Bundespolitik, könne man sich nicht leisten.

Seit Bestehen des Landes habe Baden-Württemberg mit 61 Mrd. DM fast die Hälfte des Länderfinanzausgleichs allein bezahlt. Teufel: „Wir hätten ohne Finanzausgleich keine einzige Mark Schulden“. Der Ministerpräsident sprach sich für ei-

nen gerechteren Finanzausgleich aus, der das derzeitige System ablöse. Er hielt es für ungerecht, dass durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich eine Verschiebung der Finanzkraftreihenfolge der Länder erfolge, so dass die Geberländer auf den letzten Plätzen und die Nehmerländer auf den ersten Plätzen lägen. „Wir sparen und zahlen, und die anderen halten die Hand auf und investieren. So kann es nicht weitergehen“, so Erwin Teufel.

Der Süden Deutschlands dürfe nicht abgehängt werden, nur weil die Bürger anders wählten, als es der Bundesregierung lieb sei. „Wenn die Bundesregierung den

Volker Kauder: Die CDU als Baden-Württemberg-Partei ist in den Kommunen fest verwurzelt.

Süden benachteiligt, werden die Bürger unseres Landes diese rot-grüne Übergangsregierung genauso erbarmungslos abstrafen, wie das vom Saarland bis Sachsen, von Nordrhein-Westfalen bis Thüringen geschehen ist. Die nächste Gelegenheit ist die Kommunalwahl am 24. Oktober“, so Ministerpräsident Erwin Teufel.

Noch im Februar diesen Jahres habe sich Schröder für die Nettolohnbezogenheit der Rente ausgesprochen. Gerade ein halbes Jahr später steige Schröder aus der jährlichen Rentenanpassung nach der Steigerung der Löhne der Arbeitnehmer aus und gebe eine Rente nach Kassenlage und

zum Inflationsausgleich. „Schröder meint, er habe ein Vermittlungsproblem und verliere deshalb Wahlen. Schröder hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Deshalb verliert er Wahlen“, so Erwin Teufel. Noch nie habe ein Kanzler so schnell abgewirtschaftet wie Gerhard Schröder.

Auf einem guten Weg

Die CDU im Land sei auf einem guten Weg. Seit der vergangenen Bundestagswahl seien in Baden-Württemberg über 5000 neue Mitglieder eingetreten. „Wir dürfen unser Land nicht Rot-Grün überlassen! Denn dafür ist es zu schade! Die Zukunft kommt aus Baden-Württemberg“, mit diesen Worten beendete Erwin Teufel unter minutenlangem Applaus seine Rede.

Erwin Teufel wurde später mit 322 Stimmen, knapp 92 Prozent, als Landesvorsitzender wiedergewählt. Der Ministerpräsident über das Ergebnis: „Ich würde es gern abonnieren für die ganze Zeit, in der ich noch politisch tätig bin.“

Generalsekretär Volker Kauder setzte sich in seinem Rechenschaftsbericht mit der rot-grünen Bundesregierung auseinander. Diese mache gegen diejenigen Politik, die sie vor der Wahl besonders umworben habe. Mit dem 630-Mark-Gesetz habe Schröder gerade die kleinen Leute getroffen, mit dem Gesetz zur Scheinselbstständigkeit und mit der Steuerpolitik Existenzgründer und den Mittelstand. „Sie haben zwar angeblich nach jeder Landtagswahl verstanden, erklären aber zugleich, dass alles so bleibt, wie es ist. Die Enttäuschung der Menschen ist nachhaltig, das wird sich bei den Wahlen in Berlin und bei unseren Kommunalwahlen deutlich zeigen“, so der Generalsekretär.

Die Kommunalwahl werde ernst genommen. Kauder: „Wir sind als Baden-Württemberg-Partei fest verwurzelt in unseren Gemeinden. Die Menschen wissen, dass ihre Anliegen bei uns gut aufgehoben

sind.“ Was bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen gelungen sei, werde in Baden-Württemberg erst recht gelingen. „Wir haben gute Kandidatinnen und Kandidaten, ein gutes Programm und Rückenwind aus Berlin“, so Kauder.

Die CDU Baden-Württemberg sei mit Abstand die stärkste Partei. 67 Prozent der Bevölkerung sei der Auffassung, dass die CDU im Land noch weiter an Bedeutung gewinnen werde. Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft, die innere Sicherheit, die Förderung moderner Technologien, die Unterstützung der Landwirtschaft und die Asylpolitik seien klare Domänen der Landes-CDU. „Bei all diesen wichtigen Gegenwarts- und Zukunftsfragen ist die SPD in diesem Land abgeschrieben“, so Volker Kauder.

Die CDU Baden-Württemberg kämpfe für Stuttgart 21 und Mannheim 21, sowie für einen Ausbau der Verkehrsadern. „Nichts höre ich hier von der Landes-SPD. Hier und da ein bisschen Rhetorik von Mosdorf, dem Möchtegern-Verkehrsminister, aber das war's dann schon. Die Landes-SPD schaut zu, wie diese Bundesregierung Politik gegen den Süden macht“, so der Generalsekretär.

Frischer Wind aus Süden

Mit dem Projekt „Südwind“ wehe ein frischer Wind aus dem Süden nach Berlin. Mit einer Reihe von Aktionen wolle man zusammen mit den Menschen das Land voranbringen. Kauder: „Dem Chaos in Berlin setzen wir den Aufbruch im Süden entgegen. Im Süden bewegt sich was. Im Süden wird Zukunft produziert.“ Die Reformen der Schulen und Hochschulen, der Bio- und Genstandort Baden-Württemberg und der weitere Ausbau des Technologiestandortes Baden-Württemberg seien Beispiele dafür. „Wir machen uns zuversichtlich auf den Weg der uns zur Schlusskampagne unseres

Projektes Südwind führt, zur Landtagswahl im Jahr 2001. Und diese Landtagswahl wollen wir gewinnen für die Menschen und für unser Land“, so Volker Kauder.

Volker Kauder wurde mit 303 Stimmen (93 Prozent) in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt.

Schröder ohne Substanz

Höhepunkt des zweiten Tages war die Grundsatzrede des CDU-Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble. Schäuble setzte sich in seiner Rede mit der Ziel- und Planlosigkeit der Schröder-Regierung auseinander. Schäuble wörtlich: „Vermitteln, so in 10-Sekunden-Auftritten im Fernsehen, kann er wirklich gut. Was er nicht kann, ist eine Politik mit Substanz zu entwickeln und verfolgen, das interessiert ihn auch gar nicht. Aber Vermittlungsprobleme hat er eigentlich keine. Nein, das Problem von Schröder und Rot-Grün und der SPD-Spitze ist: Ihre Politik hat keine Substanz!“ Im Gegensatz zu Schröder sei die CDU bereit, Verantwortung zu übernehmen. Auf die Rede folgte langer Applaus, Schäuble hat den Delegierten aus der Seele gesprochen.

Mit Spannung erwartet wurde die Diskussion zur Drogenpolitik. Die CDU werde auch weiterhin keine „falschen Signale“ setzen. Ein Antrag, der sich für die Einrichtung von Fixerstuben sowie für eine ambulante Abgabe von Heroin einsetzte, wurde abgelehnt. Für Schwerstkranke soll die stationäre Abgabe von Heroin erlaubt werden.

Des weiteren wurde beschlossen, dass das Ladenschlussgesetz außer für den Sonntag keine Regelungen mehr treffen soll. Nach einer kurzen Übergangsfrist soll das neun-jährige Gymnasium zugunsten des acht-jährigen abgeschafft werden.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Dr.h.c. Diemut R. Theato, MdEP mit 257 (75 Prozent) und Matthias Wis-

smann, MdB mit 270 (79 Prozent) der Stimmen wiedergewählt. Heinrich Haasis, MdL wurde mit 303 Ja-Stimmen (96 Prozent) als Landesschatzmeister bestätigt.

Für die 25 Beisitzerposten im Landesvorstand wurden gewählt Dr. Annette Schavan (360), Dr.h.c. Manfred Rommel (326), Annette Widmann-Mauz MdB (319), Andreas Renner (283), Ingrid Blank MdL (272), Edith Grupp (270), Dr. Dirk Notheis (268), Gudrun Heute-Bluhm (264), Gerhard Stratthaus MdL (255), Dr. Erwin Vetter MdL (241), Silke Schuster (235), Winfried Mack (224), Dr. Andreas Schockenhoff MdB (219), Willi Stächele MdL (210), Dr. Sven-Joachim Otto (208), Elisabeth Jeggla (191), Christine Arlt-Palmer (179), Klaus E. Bregger (175), Inge Oberle (174), Prof. Dr. Peter Frankenberg (173), Heinz Seifert MdB (158), Gerhard Mayer-Vorfelder MdL (154), Dr. Inge Gräßle MdL (153), Heinz Kosok (160, 2. Wg) und Raimund Gründler (148, 2. Wg) gewählt.

Mittelstand sucht über 500.000 Arbeitskräfte

Der Mittelstand sucht händeringend mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte.

Probleme bei Neueinstellungen gebe es wegen mangelnder Qualifikation und Motivation sowie überzogener Gehaltsvorstellungen, heißt es in der bisher umfassendsten Studie über Bedeutung und Lage mittelständischer Unternehmen in der Bundesrepublik, die am 29. September in Berlin vorgestellt wurde. In den kommenden zwei Jahren werden den Angaben zufolge 140.000 Führungskräfte benötigt, weil Firmen expandieren oder ältere Manager ausscheiden. Rund 700.000 Unternehmer suchen in den kommenden zehn Jahren ihren Nachfolger.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Diskussion über Grundwerte, Inhalte, Aufgaben und Organisation des Sports und seinen Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls stehen seit 1990 auf der Tagesordnung bei den Sportforen im Bildungszentrum Schloss Eichholz.

Auf dem VIII. Eichholzer Sportforum wird der Dialog mit Repräsentanten aus Sport und Politik, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien fortgesetzt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Kommerzialisierung und veränderter politischer Rahmenbedingungen steht die Frage nach der Zukunft des organisierten Sports und insbesondere der Autonomie der Sportvereine im Mittelpunkt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit ihrem Sportforum einen Beitrag zur langfristigen Absicherung des organisierten Sports, seiner Unabhängigkeit und Gemeinwohlorientierung leisten.

Thema / Termin:

Gemeinwohl versus Kommerz – Ist der Sport noch autonom?

VIII. Eichholzer Sportforum
vom 21.-22. Oktober 1999

Veranstaltung Nr. 282

Arbeitsschwerpunkte und Referenten:

- Den Staat in die Pflicht nehmen – Sportpolitik als soziale Aufgabe
Staatssekretär Rudolf Köberle, MdL, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg

- Der Sport in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche
Prof. Dr. Volker Rittner, Pro-Rektor der Deutschen Sporthochschule Köln

- Neue Gefährdungen für die Autonomie des Sports (Podiumsdiskussion)
Manfred Freiherr von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes
Dr. Hermann Richter, Mitglied der Geschäftsleitung UFA SPORTS
Moderation: Walter Probst, Hauptgeschäftsführer des Landessportbundes NRW

- Dem Verein der Zukunft Sicherheit geben (Podiumsdiskussion)
Prof. Dr. Helmut Digel, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes
Dieter Patt, Landrat des Kreises Neuss
Klaus-Dieter Remberg, Vorsitzender des Turnvereins Jahn Rheine 1885 e.V.

Jürgen Weinzierl, Manager des SC Fortuna Köln e.V.

Moderation: Klaus Riegert MdB, Sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Die Freiheit des Sports erhalten – Welchen Beitrag muss die Politik leisten?
Wolfgang Schäuble

Leitung des Forums:

Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister
a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Anmeldung und weitere Informationen:

Frau Heidi Glowatzki
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bildungszentrum
Schloss Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Telefon: 0 22 36/7 07-2 32
Telefax: 0 22 36/7 07-2 30

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

www.cdu.de

**wir HABEN VIELE GUTE SEITEN.
AUCH IM INTERNET.**



CDU
mitten im Leben.

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

31/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.